

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfsklasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfelderstraße 28, I.

Nr. 5.

Hamburg, den 29. Januar 1898.

10. Jahrgang.

Lohnbewegung.

Angespart sind die Zimmerer in Lippheue, bei Zimmermeister Scharf, in Pyritz von den Plänen der Innungsmeister und der Zuderfabrik in Greifenberg, in Regenwalde, in Selb i. Bayern, in Trebbin von dem Pläne des Unternehmers Schulz und dem Pläne der Wwe. Andres. Ueber den Neubau der Tempelhofer Reparaturwerkstatt ist die Sperre verhängt, ebenso über die Zimmerarbeiten auf dem Gute Craazien bei Lippheue und über den Neubau des Güterschuppens auf Bahnhof Süd in Solingen, Unternehmer Raergel in Bohwinkel.

Aufforderung.

Nachbenannte Zahlstellen resp. Einzelmitgliedschaften haben trotz wiederholter Aufforderung den Fragebogen behufs Feststellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Jahr 1897 noch nicht wieder zurück gesandt:

Altona, Angermünde, Gr.-Muheim, Barmen, Berlin, Bonn, Chemnitz, Cöpenick, Cuxhaven, Dörsdorf, Gaarden, Görlitz, Grasdorf, Grevesmühlen, Grüneberg, Griesheim, Habersleben, Haynau, Heideberg, Jauer, Jever, Karlsruhe, Krakau, Krefeld, Leipzig, Linden, Lützen, Mainz, Malchow, Mülheim a. Rh., Nordhausen, Naumburg, Oldenburg, Osnabrück, Osterburg, Pirna, Plauen, Queblinburg, Quickborn, Rahlstedt, Sangerhausen, Schramberg, Stade, Stargard i. P., Stettin, Straßburg, Trebbin, Versbach, Walsrode, Wandersbel, Weimar, Weinheim, Wöckern und Zeit.

Genannte Zahlstellen werden jetzt nochmals dringend ersucht, den ausgefüllten Bogen innerhalb 8 Tage an den Unterzeichneten einzusenden. Sollte hier oder da der Bogen abhanden gekommen sein, so ist dies sofort zu melden. Es kann dann ein neuer Bogen gesandt werden.

Gleichzeitig werden sämtliche Mitglieder ersucht, die ihnen zur Verfügung gestellten Karten, zwecks Feststellung der Arbeitslosigkeit in unserem Beruf während der Monate Januar und Februar, regelmäßig und genau auszufüllen, damit ein brauchbares Material erzielt wird.

Der Verbands-Vorstand.

Fr. Schrader, Vors.

Der führende Kassirer der Zahlstelle Elberfeld, A. Hartmann, geb. am 28. 3. 1870 zu Hörter, Buch-Nr. 38 322, ist nach Unterschlagung von Kassengeldern aus Elberfeld verschwunden. Diejenige Kassirer oder Mitglieder, denen der augenblickliche Aufenthalt des p. p. Hartmann bekannt ist, werden ersucht, dieses sofort nach hier mitzutheilen.

Der Obige.

Arbeiterschutz statt Arbeitertrug.

In England haben alle die Fragen, welche das Zirkular des Grafen Posadowsky — welches wir in voriger Nummer an dieser Stelle brachten — aufwirft, schon vor Jahrzehnten die öffentliche Meinung, Presse, Regierung und Parlament beschäftigt. Der Gang der Entwicklung war der vom Koalitionszwang zur Koalitionsfreiheit. In England bebauert kein Staatsmann, keine Sei-

tung, ja kaum noch ein Unternehmer, daß die Gewerkschaftsbewegung frei ist von jeder politischen Aufsicht, Bevormundung und Verfolgungssucht, daß Streiks sich ohne jede Störung abwickeln können. Die tiefen Wunden, die dem Rechtsbewußtsein des Volkes, der Autorität der Behörden und auch der Industrie die Einmischung der Behörden in die aus dem Arbeitsverhältnis entspringenden Zwistigkeiten geschlagen hat, machten es für immer unmöglich, daß Jemand beim englischen Volke, seiner Regierung und seinem Parlament ernst genommen wird, der Vorschläge, wie die des Grafen Posadowsky, zur Diskussion stellen wollte.

Der „Vorwärts“ giebt folgende, für die Gegner lehrreiche und für die Arbeiter nicht uninteressante kurze Darstellung der englischen Erfahrungen mit dem Arbeitertrug:

Streiks und sonstige Arten organisirten Widerstandes gegen Forderungen der Unternehmer wurden mit fester Hand niedergehalten. Die ersten zwanzig Jahre des 19. Jahrhunderts waren Zeugen einer im Namen des Gesetzes geführten Verfolgung von Trades-Unionisten als Aufwiegler und Umstürzler. Diese Verfolgung, die das geistliche Wachstum der Unionen hinderte und ihre Mitglieder zu Gewaltthätigkeiten und Aufständen trieb, führte schließlich zur Abschaffung der gegen die Verbindung gerichteten Gesetze und zur Geburt der modernen, nun so mächtigen und einflußreichen Gewerkschaftsbewegung in England. Einem einzelnen Unternehmer, sagte Lord Jeffrey, stand es zu jeder Zeit frei, alle seine Arbeiter — ob 100 oder 1000 — augenblicklich zu entlassen, wenn sie die Löhne nicht akzeptirten, die es ihm gefiel, ihnen zu bieten. Aber es wurde der Gesamtheit der Arbeiter als ein Verbrechen angerechnet, diesen selben Meister, wenn er sich weigerte, die Löhne zu geben, die sie verlangten, auf der Stelle zu verlassen. Kein Mensch erhob Anklage gegen die Messerschmiedemeister, die im Jahre 1814 ganz offen die „Sheffield Mercantile and Manufacturing Union“ gründeten, deren hauptsächlichste Satzung die war, daß kein Kaufmann oder Fabrikant bei Strafe von £100 (M. 2000) für jede Ueberschreitung dieses ungesetzlichen Vertrages, für irgend einen in Sheffield verfertigten Artikel höhere Löhne zahlen dürfe, als im vorhergegangenen Jahre allgemeiner Satz gewesen. Aus der ganzen Epoche der Repression, wo Tausende von Arbeitern für das Verbrechen leiden mußten, Verbindungen eingegangen zu sein, wird von keinem einzigen Falle berichtet, wo ein Unternehmer für dasselbe Vergehen bestraft wurde. In die allgemeine Angst der herrschenden Klasse, daß die Unbotmäßigkeit sich zur Rebellion entwickeln könne, mischte sich die Abneigung der Kapitalisten gegen hohe Löhne und der Abscheu des Politikers vor demokratischen Einrichtungen. Die Koalitionsgesetze wurden, wie Francis Place uns erzählt, als absolut nothwendig betrachtet, um ruinöse Erpressungen seitens der Arbeiter zu verhindern, die, wenn nicht auf solche Weise in Schranken gehalten, alle Gewerbe, die Fabriken, den Handel und die Landwirtschaft der Nation zu Grunde richten würden. Dies führte zu dem Schluß, daß die Arbeiter die gewissenlosesten aller

Menschen seien. Gerechtigkeit zu erlangen, stand für sie ganz außer Frage; nur selten wurden sie von den Richtern angehört und niemals ohne Zeichen der Ungebuld und ohne Beleidigungen; niemals durften sie auch nur annähernd auf eine rationelle Schlussfolgerung rechnen. Die Verhandlungen, Verhöre und Prozesse vor den Polizeibehörden und Gerichten aller Instanzen waren charakterisirt durch grobe Ungerechtigkeiten, faule Beschimpfungen und fürchterlich harte Strafen. So urtheilt ein Bourgeois jener Zeit. Im Dezember 1817 trafen die Polizeibeamten von Bolton, die zufällig erfuhren, daß zehn Delegirte der Rattendrucker aus den verschiedenen Distrikten des Königreichs am Neujahrstage zusammenkommen würden, Vorkehrungen, dieselben alsbald zu verhaften und alle ihre Papiere mit Beschlag zu belegen. Diese zehn Delegirten hatten drei Monate Gefängnis zu erleiden, trotzdem sie in keinem Streit mit ihren Unternehmern lagen. Aber der Hauptzweck des Gesetzes war, Streikende schamhaft setzen und Forderungen von besseren Arbeitsbedingungen abweisen zu können. Schon im Jahre 1786 war das bestehende Verschwörungsgesetz künstlich gekehrt worden, um fünf Londoner Buchbinder, die einen Streik behufs Reduzirung der Arbeitsstunden von zwölf auf elf geleitet, mit zwei Jahren Gefängnis zu bestrafen.

Am meisten bekamen die Arbeiter der neuen Textilindustrien die Schwere des Koalitionsgesetzes zu fühlen. White und Henson verglichen die Wirkungen des Gesetzes von 1800 auf diese Berufe mit einem „fürchterlichen Mühlsteine“ an dem Hals des Arbeiters, der denselben bedrückt und zu Boden gezogen hat. Bei jedem Schritt, den er versucht hat, bei jeder Maßregel, die er eronnen, um seinen Lohn aufrecht zu erhalten oder zu heben, wurde ihm erklärt, das sei ungesetzlich. Die Richter, die da glaubten, im Einklang mit der Gesetzgebung zu handeln, wenn sie die Löhne niederhielten und die Verbindungen hinderten, behandelten in fast jedem Falle jeden Versuch seitens des Arbeiters, seine Lage zu verbessern oder seine Stellung in der Gesellschaft zu heben, als eine Art Auflehnung und Widergesetzlichkeit gegen die Regierung. Am 21. Februar 1834 veranlaßten die Pächter des Dorfes Lodbottle die Lokalbehörden, Plakate anschlagen zu lassen, welche die Landarbeiter mit der Androhung verwarnen, daß Jeder, der der Union beitrete, zu sieben Jahren Deportation verurtheilt werden würde. Im Verlauf von drei Tagen wurden die Brüder Loveles und vier weitere Mitglieder festgenommen und in's Gefängnis gebracht. Die Loveles und ihre Freunde scheinen schlichte Methodisten und zwei von ihnen Wanderprediger derselben, also gute, fromme Christen gewesen zu sein. Es wurde in der Anklage und in den Zeigenausagen nichts gegen sie vorgebracht, was schlimmer war, als daß sie Spielereien mit Eiben getrieben, was zu den Einführungszeremonien ihrer Gewerkschaft gehörte. Kein Versuch der Einschüchterung, der Gewaltthätigkeit, ja nur des Streiks und der Lohnforderung konnte ihnen vorgeworfen werden, und doch wurden sie nach denkbar kürzester Verhandlung zu sieben Jahren Deportation ver-

urtheilt. Der Ministerpräsident billigte diesen Urtheilspruch öffentlich; am 30. des Monats, der dem Prozeß folgte, erklärte die Regierung im Parlamente, daß die Verurtheilten im Gefangenschiffe nach Botany Bay (Australien) auf dem Wege seien.

Noch im Jahre 1851 urtheilte der berühmte englische Jurist Roberts über die den Arbeitern entgegenstehenden Schwierigkeiten folgendermaßen: „Es giebt in der That in den Gerichtshöfen Männer, die ehrlich sind und den Wunsch haben, ihre Pflicht zu erfüllen. Aber alle ihre Tendenzen und Lebensumstände stehen im Gegensatz zu den gewerkschaftlich organisirten Arbeitern. Sie hören den Gegnern der Gewerkschaften nicht nur oft, sondern auch gern zu und lernen auf solche Weise den Fall mehr kennen, wie er gegen die Arbeiter steht, als was in ihm zu deren Gunsten spricht. Man kennt die überwältigende Macht, wenn die Arbeiter vereint handeln, und das erweckt natürlich den entsprechenden Wunsch, den Arbeitern um jeden Preis Widerstand zu leisten. Und so giebt es hundert andere Faktoren, die alle auf dasselbe hinauslaufen: politische Verbindungen, Verbindungen durch Heirathen, Hoffnungen auf Erbschaften u. c. Ich will damit nicht sagen, daß alle Inhaber von Richterposten in dieser Weise oder etwa alle in gleichem Umfange beeinflusst sind, aber es ist sicherlich zum Mindesten ein nicht sehr aussichtsvolles Spiel, in einer Frage für einen Arbeiter als Anwalt aufzutreten, die den geringsten Zweifel gegen ihn zuläßt. Es ist mir noch nie vorgekommen, daß ich einem Friedensrichter begegnet wäre, der eine Vereinbarung von Meistern, irgend einen bestimmten „lästigen Burschen“ nicht zu beschäftigen, als ungesetzliche Handlung betrachtet hätte; kehrt man aber den Fall um, so hat man sofort eine fürchterliche Verschwörung, die durch den kräftigen Arm des Gesetzes niedergehalten werden muß.“

Bis in die letzten 60er Jahre unseres Jahrhunderts, an einzelnen Orten bis in die 70er Jahre, gingen die Verfolgungen der Arbeiter wegen ihrer gewerkschaftlichen Thätigkeit. Aber die von den Fanatikern der brutalen Unterdrückungspolitik erhoffte Wirkung blieb aus. Den Gewerkschaften konnte das Lebenslicht nicht ausgeblasen werden. Trotz aller schweren Opfer, die das Zusammenhalten der Arbeiter forderte, standen die Arbeiter nicht nur immer zahlreicher, nein, auch immer fester und treuer zusammen. Statt Gewaltthätigkeiten zu verhindern, beschwor die erzwungene Geheimthuererei eher solche herauf und ermöglichte, den Arbeitern Thaten unterzuschleichen, an denen agents provocateurs, jedenfalls keine Gewerkschaftler, die Schuld trugen, so die folgenschwere Schießpulver-Explosion im Hause eines Arbeiters in Sheffield im Oktober 1866. Die Folge dieser That war die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission, die feststellte, daß allerdings in Sheffield und Manchester bei Schleifern und Ziegelarbeitern verbrechliche Handlungen begangen wurden, daß sich indeß keinerlei Mitschuld auf Seiten anderer Gewerkschaften ermitteln lasse und daß vor Allem die großen, mächtig erstarkten Gewerkschaften, die sich einer ungestörten Entwicklung erfreut hatten, solche Gewaltthaten nicht nur theoretisch mißbilligten, sondern auch praktisch nicht zur Ausführung kommen ließen. Das erste Blatt des englischen Kapitalismus, die „Times“, mußte auf Grund der Ergebnisse der Jahre langen Arbeiten der parlamentarischen Untersuchungskommission erklären (Leitartikel vom 8. Juli 1869): „Wahre Staatskunst wird versuchen, den Einfluß der Gewerkschaften weder zu erhöhen noch zu verringern, sondern ihn als Thatsache anerkennen und ihm freien Raum zur legitimen Entwicklung geben.“

Nach einigen Jahren wurde den Gewerkschaften das volle Recht von Vereinen mit juristischer Persönlichkeit eingeräumt und heute giebt es in England keinen vernünftigen Mann, der eine Gewaltpolitik gegen die Gewerkschaften empfehlen wollte. Man hat Vertretern der Gewerkschaften höchste Staatsämter angeboten und übertragen, ihre Aeußerungen haben nun stets Anspruch, als

gewichtige Urtheile angesehen zu werden. Ruhig, friedlich verlaufen die Lohnkämpfe, so der heroische Kampf der englischen Maschinenbauer, der nun sieben Monate währt. Selbst der deutsche Kaiser, der erst im vorigen Jahre den Schutz der Arbeitswilligen in seiner viel vermerkten Violefelder Rede proklamirt hatte, äußerte sich rückhaltlos anerkennend über den Verlauf dieses Kiefenkampfes.

In völlig unbeschränkter Freiheit, aber auch in den friedlichsten Formen verläuft das Leben der englischen Gewerkschaften, nachdem drei Vierteljahrhunderte mehr oder minder brutaler Vergewaltigung der Aera der Koalitionsfreiheit in England vorangegangen sind.

Der neueste gegen die Arbeiter gerichtete Knebelungsversuch vor dem deutschen Reichstage.

Der in voriger Nummer mitgetheilte Erlaß des Reichskanzleramts ist am 17. und 18. Januar bereits in die Reichstagsverhandlungen einbezogen worden. Eine recht wirksame Rede hielt darüber der erste Redner der sozialdemokratischen Partei, Genosse Wurm; wir theilen daraus das Nachfolgende mit: Das Programm des neuen Herrn Staatssekretärs heißt: Vernichtung der Gewerkschaften. Unter dem Vorwande, Ausschreitungen, die bisher in Deutschland fast garnicht vorgekommen sind (Zuruf rechts: Oho!), zu verhindern, sollen die Arbeiter geknebelt werden zu Gunsten des Unternehmthums, das an den reichen Profiten der letzten Geschäftsjahre nicht genug hat und gern möchte, daß die Arbeiter zu Höhrigen herabgedrückt würden! Der Herr Staatssekretär hat aber bereits Proben seiner Anschauungen gegeben, als er im Dezember vorigen Jahres in seiner Etatsrede die Worte fallen ließ, daß in einem Lande, in dem das direkte allgemeine Wahlrecht besteht, es weniger nöthig sei, solche Gewerkschaften zuzulassen. Das direkte allgemeine Wahlrecht, Herr Staatssekretär? Ich hoffe, das das geheime nur aus Zufall weggeblieben ist. Was hat dieses Wahlrecht uns denn bisher gegeben? Haben Sie nicht alle die Forderungen, die von den Vertretern der Arbeiter gestellt wurden, den Normalarbeitstag, den Achtstundentag, nicht gebilligt? Haben Sie den Arbeiterschutz ausgedehnt auf jene Zufluchtsstätte des Glens, auf die Hausindustrie? Haben Sie zur Ausführung der Ueberwachung der Arbeitsstätten die genügenden Beamten, solche von genügender Qualität, von genügendem Vertrauen seitens der Arbeiter, eingesetzt? Sie haben außerdem jede Gelegenheit wahrgenommen, den Arbeiterkoalitionen das Leben so schwer wie möglich zu machen. Sie haben nie ein Wort der Mißbilligung gefunden, wenn Arbeiter gemäßigelt wurden, weil sie Mitglieder einer Gewerkschaft waren, also von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machten! Sie haben den Unfug geduldet, der mit dem „Großen Unfug-Paragrafen“ getrieben wurde. Wir wissen von einer langen Reihe von Strafen auf Grund dieses neuesten Erzeugnisses juristischen Schauspiel!

Sie, Herr Staatssekretär, haben in Ihrer Rede erklärt, es sei absichtliche Uebertreibung der Presse, wenn man ihnen zumuthe, daß Sie in der Sozialreform Stillstand eintreten lassen wollten, Sie wären der Meinung, der Arbeitsvertrag müßte sich auf das Mietverhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitern stützen, und es dürfe nicht dahin kommen, daß der Bürger des Abends mit dem Polizisten in's Bett gehe und Morgens mit ihm aufstehe. In Ihrem Absehen vor dem Polizeistaat und Ihrer Vorliebe für das patriarchalische Verhältniß haben Sie auch Ihr Mundschreiben erlassen — am 11. Dezember, also ein paar Tage vor Ihrer Rede — das einer der unerhörtesten Streiche gegen die Arbeiterbewegung ist, die je gethan worden sind (Sehr wahr! links), ein Streich, wie er der Arbeiterschaft noch nie zugesügt worden ist; denn zu Zeiten Buttamer's hat man nicht in dieser Weise, so schroff und grade heraus jegliche Arbeiterorganisation vernichten wollen, wie Sie es nach Ihren Fragen in dem Erlasse vorgehen! (Weißall bei den Sozialdemokraten.) Schon daß Sie sich getraut haben, den Erlaß öffentlich ergehen zu lassen, beweist, daß Sie sich bewußt waren, welchen Schlag Sie gegen die Arbeiter führten. Daß wir den Erlaß zugesücht bekommen haben, beweist, daß es auch in Ihren Kreisen Unzufriedene giebt, die Ihre Maßnahmen nicht für richtig halten, obgleich sie ihnen dienen. Der Erlaß macht die Koalitionsfreiheit zu einem Messer ohne Heft und Klinge, er macht ihr ein Ende. Was rechnet der Erlaß nicht Alles zu den unerlaubten Mitteln? (Sehr richtig, links.) Das Postenaufstellen ist bisher schon als grober Unfug bestraft worden. Jetzt soll das anscheinend nicht mehr genügen. Jetzt will man wohl noch mit Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte vorgehen? Die Bewachung der Bahnhöfe u. c. soll ein unerlaubtes Mittel sein. Aber wenn die Unternehmer schwarze Listen aufstellen, dann sagen der Staatsanwalt und der Staatssekretär, das ist richtig gehandelt! (Sehr richtig, links.) Wenn der Arbeiter zu seinem Arbeitsgenossen sagt: Sei kein Schurke, sei kein schlechter Mensch, sei kein Streikbrecher, so soll das unerlaubt sein. Dem Unternehmer wird aber kein Vorwurf gemacht, wenn er sich mit seinen Kollegen vereinigt, im Gegentheile, er wird dazu aufgefordert, ich erinnere an die Ermahnung, die der deutsche Kaiser den Hamburger Arbeitern zu Theil werden ließ. Während es in der Violefelder Kaiserrede noch hieß: Schwerste Strafe dem,

der einen Arbeiter hindert, heißt es jetzt Einschränkung der Streiks. Das heißt die Arbeiter wehrlos machen. Wenn die im Erlasse angedrohten Dinge in die Praxis übergeführt werden, dann sind die Gewerkschaften vernichtet. (Sehr richtig, links.) Dann bekommen sie einen Mühlstein um den Hals, und man sagt ihnen: Nun, geht damit schwimmen. Dann hören die Arbeiter auf, gleichberechtigte Bürger zu sein, dann werden sie zu Staatsbittgarn zweiter Klasse gestempelt. (Sehr richtig, links.) Das zweierlei Maß wird ja überall von Regierungstheorien aus gepredigt, aber der Erlaß übersteigt doch vieles Mögliche, trotzdem uns ja die Stellung der Staatsbehörden zum Koalitionsrecht bekannt ist, haben wir ihn nicht für möglich gehalten. Wie hat sich zum Beispiel die Behörde der Organisation der Eisenbahner feindlich gegenüber gestellt. Wie geht es z. B. auf den Musterwerkstätten der Werken zu? In der Arbeitsordnung der Werken heißt es, daß Leute, die nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind und sozialdemokratische Agitatoren nicht angestellt werden. Also Ehrlose und sozialdemokratische Agitatoren werden hier auf eine Stufe gestellt. Aber es werden auch Leute entlassen, die gar nicht politisch thätig waren, sondern nur in Gewerkschaftsversammlungen als Redner aufgetreten sind. Das genügt schon. Wir wollen den Unternehmern nicht das Recht der Koalition beschränken, wir fordern nur Gleichberechtigung für die Arbeiter. Im Juli 1889 sagte der deutsche Kaiser zu den westfälischen Großindustriellen, das Bestreben der Arbeiter nach besserer Existenz sei begreiflich, und im Februar desselben Jahres äußerte er sich zu Herrn Bölsche und dem inzwischen von der Sturmfluth hinweggeschwemmten Dr. Bölsche, der Arbeiter müsse vor Allem das Gefühl der Gleichberechtigung haben, und jetzt, 1897, will man ihm das Koalitionsrecht nehmen, alles das nehmen, was dem Unternehmer ohne Weiteres gestattet ist. Und wenn man nach Gründen sucht, wird man höchstens den finden, daß der Arbeiter von dem Profit der Unternehmer auch etwas haben will, wie der Kaiser gesagt hat, an den Fortschritten der Produktion theilnehmen will und bestrebt ist, sich eine bessere Existenz zu erringen. Vielleicht geht es Ihnen noch einmal so, Herr v. Posadowsky, wie es Herrn v. Berlepsch gegangen ist. Der Minister a. D. hat eingesehen, wie Unrecht er hatte, sich gegen die Koalitionsfreiheit zu wenden. Er spricht in der „Sozialen Praxis“ von dem zweierlei Maß gegen Arbeiter und Unternehmer, von Willkür, die Erbitterung hervorruft. Das sind recht beherzigenswerthe Worte, beherzigenswerth besonders für Staatssekretäre (Heiterkeit), und ebenso hat sich der frühere Unterstaatssekretär v. Rottenburg gegen die Beschränkung der Koalitionsfreiheit gewendet. Er bezeichnet die Gewähr der Koalitionsfreiheit nur als einen Akt der Gerechtigkeit gegen die schon schlecht genug gestellten Arbeiter (Hört, hört, bei den Sozialdemokraten). Statt erhöhten Schutzes kommt man jetzt mit erhöhter Bestrafung, mit erhöhtem Truße gegen die Arbeiterkoalitionen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Noch sind wir zum Glück nicht so weit, noch liegt zwischen Wille und That hoffentlich so viel Zeit, daß das deutsche Volk dabei ein Wort mitsprechen kann, ob die Arbeiterklasse geknebelt sein soll, oder gleiches Recht zu beanspruchen hat. (Bravo bei den Sozialdemokraten.) Wir danken dem Herrn Staatssekretär dafür, daß er uns eine so vorzügliche Wahlparole gegeben hat. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Mit diesem Manifest in der Hand werden wir vor die Wähler treten und ihr Verdikt wird lauten: Weg mit diesem Ministerium, weg mit dieser Regierung! Die Arbeiter sollen nicht Höhrige werden, sondern gleichberechtigt sein. Sie aber wollen sie zu Sklaven machen! (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär Graf Posadowsky ergriff unmittelbar nach Wurm das Wort und machte die überraschende Mittheilung, die Stelle in dem Erlaß, die von dem Terrorismus gegen die Arbeitswilligen spreche, sei nichts, als die wörtliche Uebersetzung einer Stelle aus der Petition, die der deutsche Innungsverband an den Bundesrath und den Reichskanzler gerichtet hat. Und weil solche Petitionen in großer Zahl an die Regierung gelangen — unsere Leser kennen dieselben und auch ihre Verfasser! — müsse die Regierung die Frage prüfen, ob der Staat wirklich Alles thut, um die Arbeitswilligen gegen Terrorismus zu schützen. Der Terrorismus scheint also als thatsächlich bestehend aufgefaßt zu werden! Aber der Staatssekretär ließ mit einer Redewendung doch durchblicken, daß mit dem „Schutz der Arbeitswilligen“ noch ein anderer Zweck verbunden ist. Er sagte weiter: „Wir wissen, was wir wollen und werden die nothwendigen Maßregeln nöthigen Falls mit Entschiedenheit durchzuführen. Daß wir Zustände, wie sie in England bestehen, nicht wollen, brauche ich Ihnen nicht erst zu sagen. Dort wollen die organisirten Arbeiter bestimmen, wen der Unternehmer zu beschäftigen hat. Das kann kein Vorbild für uns sein.“ Wir meinen, diese Aeußerung ist sehr einleuchtend!

Von den Ausführungen der folgenden Redner ist erwähnenswerth, daß Stumm meinte, für ihn bedürfe es der Enquete nicht, er habe Material genug, nur habe er es nicht bei sich, Gleich darauf ließ er aber durchblicken, wie sein Material aussieht; er behauptete nämlich, bei dem Hafnarbeiterstreik in Hamburg seien Hafnarbeiter mit Revolvern bewaffnet gegen die Arbeitswilligen vorgegangen. Unsere Leser werden wissen, daß das Umgekehrte der Fall war.

Am zweiten Tage versuchten die Redner der Konservativen, den Erlaß als ganz nebensächlich hinzustellen, was natürlich nicht gelang. Der Redner des Centrum gab die gewundene Erklärung ab, daß seine Partei 1891 gegen die Verjuche, den § 158 der Gewerbeordnung zu

verschärfen, gestimmt habe und daß bisher kein Anlaß vorliege, daß neuen derartigen gesetzgeberischen Versuchen gegenüber das Zentrum eine andere Haltung einnehmen soll als damals.

Als letzter Redner an diesem Tage kam Begien zum Wort: „Ich glaube gern — so führte er aus — daß der Abg. Graf Stollberg die Erörterung des Posadowsky'schen Rundschreibens für überflüssig erachtet. Er und seine Partei sind ja von vornherein bereit, die Regierung bei jeder Maßnahme auf diesem Gebiete zu unterstützen. Uns ist der Erlaß aber bedeutungsvoll; wir glauben, daß garnicht genug Protest dagegen erhoben werden kann. Den Herren der Rechten ist er natürlich nichts Besonderes; Herr v. Kardorff wunderte sich nur, daß ihn die Regierung als vertraulich bezeichnet hat. Die Regierung wird wohl wissen, weshalb sie ihn als vertraulich bezeichnet hat. Sie weiß genau, daß wenn der Erlaß vor der Zeit bekannt wird, ein Sturm der Entrüstung unter der nicht reaktionär gesinnten Bevölkerung ausbrechen muß, der sie an der Ausführung ihrer Absichten hindern kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Kardorff hat dann weiter behauptet, die Sozialdemokratie sei gewachsen, weil das Sozialistengesetz aufgehoben wäre. Nun, im Jahre 1874 hatten wir 352 000 Stimmen, im Jahre 1890 noch unter dem Sozialistengesetz 1 427 000 Stimmen. Ich weiß nicht, wie diese feststehenden Ziffern gegenüber Herr v. Kardorff seine Behauptung aufrecht erhalten will. Daß auch ein neues Sozialistengesetz die Zahl unserer Anhänger nur vermehren würde, dessen können Sie sicher sein. Als weiteren Grund für die Ausbreitung der Sozialdemokratie nannte Abg. v. Kardorff die Nothlage der Landwirtschaft. Ich wundere mich nur, daß er nicht auch die Goldwährung dafür verantwortlich gemacht hat. (Heiterkeit links.) Er hat es vermuthlich nur vergessen. Der Abg. Lieber meinte, das Zentrum sei überhaupt nicht genöthigt, zu dem Erlasse Stellung zu nehmen. Er hat allerdings Recht: kein Mensch muß müssen. Wenn die Herren vom Zentrum über den Erlaß nicht reden wollen, so mögen sie es eben lassen. Die Arbeiterkreise, die ihnen noch anhängen, werden freilich darüber anderer Meinung sein; ihr Uebertritt zur Sozialdemokratie wird so wie so kommen, aber diese Entwicklung würde noch schneller verlaufen, als das Zentrum es wünscht, wenn es bei dieser Gelegenheit geschwiegen hätte. Der Abg. Lieber hat aber geredet; freilich, eine bestimmte Erklärung hat er nicht gegeben; seine Ausführungen haben die Sache sehr im Dunkeln gelassen. Der Hinweis auf die Haltung des Zentrums im Jahre 1891 ist keine Garantie für Das, was im Jahre 1899 geschehen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Lieber hat den Erlaß als harmlos bezeichnet, weil es sich nur um Erhebungen handelt. Als so harmlos betrachten wir ihn nicht. Die Regierung weiß schon, was sie will. Daß sie das Koalitionsrecht beschneiden will, steht fest: sie braucht nur ein Dekorationsstück, um diese Absicht vor der Öffentlichkeit zu bemänteln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu braucht sie die Erhebung. Und deshalb begrüßen wir die Durchkreuzung dieser Absicht durch die Publikation mit Freuden. Gewiß, die auf dem Papier stehende Koalitionsfreiheit will Graf Posadowsky den Arbeitern auch in Zukunft lassen. Die Vernichtung der Gewerkschaften soll aber auf einem Hinterwege erreicht werden. Sie werden die Arbeiterorganisationen so drangsaliiren, daß ihnen die Arbeiter aus Furcht nicht beitreten. Auf der einen Seite die Unternehmer, die die Zugehörigkeit zu einer Organisation durch Entlassung ahnden, auf der anderen Seite die Regierungsgewalt mit ihren Strafanrohungen: so soll den Arbeitern das Bischen Koalitionsfreiheit geraubt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben ja selber gesagt, Graf Posadowsky: Wir haben die Macht und werden sie rückhaltlos anwenden. Was thun Sie jetzt denn Anderes? Ob Sie damit freilich Vertreter des Christenthums sind, das da lehret: „Liebet Eure Nächsten und liebet Eure Feinde“, ist eine ganz andere Frage.

Wie steht es denn aber mit den angeblichen Ausschreitungen? Herr v. Stumm hatte wieder einmal sein Material nicht bei sich. Schade, es wäre doch sehr wünschenswerth, dieses Material einmal kennen zu lernen. Stellen Sie doch die Zahl der Verurtheilten der Zahl der Streikenden gegenüber. Die Zahl der Verurtheilten ist ganz verschwindend gering. Die Verurtheilungen sind erfolgt, weil die Leute Posten gestanden haben, oder weil sie zu Arbeitern gefagt haben: Unsere Achtung habt Ihr verloren. Ist das Letztere aber nicht menschlich begreiflich? wenn alle Arbeiter sich ledigen jungen Leuten gegenüber so äußern, die nun ihre lange inne gehaltenen Stellen einnehmen, Leuten gegenüber, die nicht das geringste Verständnis für wirtschaftliche Kämpfe haben. Die Strafen sind oft drakonisch gewesen. In Lübeck ist ein Arbeiter zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt worden, weil er zwei Arbeitern die Arbeitszettel zerrissen hat. Eine Verschärfung der Strafen ist also wahrlich nicht nothwendig. Darum dreht es sich aber auch nicht bei dem Erlaß, es handelt sich um Vernichtung des Koalitionsrechtes. Aber noch ein Anderes! Ausschreitungen sind da vorgekommen, wo entweder keine Organisation bestanden, oder die Arbeiter der Organisation nicht angehört. Die Organisation ist das sicherste Mittel, Ausschreitungen zu verhindern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Organisation ergreift ihre Mitglieder, sie macht ihnen klar, daß die Streikbrecher nicht aus Niederträchtigkeit, sondern aus Unwissenheit handeln. Wer also verantwortlich dafür ist, daß die Organisationen der Arbeiter sich nicht ausbreiten können, der ist auch für die Ausschreitungen verantwortlich.

(Sehr richtig, links.) Herr v. Posadowsky hat sich dagegen verwahrt, der Kommiss des Unternehmertums zu sein. Der Ausdruck ist vielleicht nicht ganz richtig, der zutreffende Ausdruck aber ist nicht parlamentarisch. Wer aber dem Unternehmertum Dienste leistet zur Unterdrückung der Arbeiter, der veründigt sich an der Kultur (Wachen rechts), denn die Gewerkschaften sind nicht immer Streikvereine, sie haben auch eine kulturelle Bedeutung. Sie heben durch Herausgabe von Schriften das geistige Niveau der Arbeiter, sie gewähren den Mitgliedern Rechtsschutz, zahlen Gemafregeln, Arbeitslosen-, Kasse-, Invalidenunterstützung und geben für alle diese Zwecke jährlich über anderthalb Millionen Mark aus. Derjenige, der solchen Organisationen an den Krügen geht, und sich in den Dienst des Unternehmertums stellt, veründigt sich — ich wiederhole es — an der Kultur, er hindert die Arbeiter daran, eine höhere Kulturstufe zu erreichen. Ist denn eine urtheilslose Arbeitermasse oder eine urtheilsfähige Masse eine bessere Staatsstütze? Warum hat Graf Posadowsky nicht Material über die Ausschreitungen von Unternehmern und Beamten gegen Arbeiter eingefordert? Er hätte erfahren, wie viele Beamte Arbeiter unter Mißbrauch des Amtes drangsaliiren. Ich erinnere hier nur an den Fall des Bürgermeisters von Staßfurt, der heute noch in Amt und Würden ist, der durch Androhung polizeilichen Zwanges die Mitgliederlisten der Gewerkschaften einforderte, um sie den Unternehmern zugänglich zu machen. Herr Graf Posadowsky hat sich gestern so sehr über die Entwendung von Aktenstücken aufgeregt, dieser Mißbrauch von Aktenstücken sollte ihm noch mehr zur Entrüstung Anlaß geben. Ich erinnere an den im Hirschberger Kreise vorgekommenen Fall, wo Gendarm, Amtsvorsteher, Landrath sich bemüht haben, einen Arbeiter aus Lohn und Brot zu bringen, bloß weil dieser nicht die amtlich geachtete politische Gesinnung hatte. Wollte Graf Posadowsky diesen Mißbrauch der Beamten einmal feststellen, er würde sich ein Verdienst um die Wohlfahrt des Volkes erwerben. Graf Posadowsky theilte mit, daß sein Erlaß so ziemlich den Wünschen einer Innung entspräche. Handelt es sich etwa um die Baugewerksinnung? (Graf Posadowsky bestätigt es.) Dann sollte sich der Herr Staatssekretär doch überlegen, welchen Leuten er die Wünsche erfüllt. Gerade im Baugewerbe werden die Arbeiter am rückwärtslosten behandelt, an der Organisation verhindert, weil unorganisirte Arbeiter den Bauhauwindlern nicht so auf die Finger sehen. Graf Posadowsky macht sich also indirekt zum Förderer des Bauhauwindlers und aller seiner Begleiterscheinungen. (Wachen rechts. Sehr richtig! links.)

Mit dem Freiherrn v. Stumm über diese Fragen zu diskutieren, ist sehr überflüssig. Er ist der Ansicht, daß jede freie Regung der Arbeiterschaft rückwärtslos zu unterdrücken ist, ihm ist jeder Streik nichts Anderes, als ein Verbrechen, und als solches zu bestrafen. Er ist mindestens ein Jahrhundert zu spät geboren. (Heiterkeit.) Zu der Zeit, wo die Demokratie immer weitere Fortschritte macht, wo die Arbeiterschaft nicht mehr als willenloser Sklave allen Anforderungen ihrer Unternehmer folgt, ist eine solche Anschauung nicht mehr am Platze. Ich muß mich nur darüber wundern, daß eine Regierung, die angeblich an der Spitze eines Staates steht, der auf dem Gebiete der Kultur vorangeht, solche Ansichten zu den ihrigen macht. Daß die englischen Arbeiter die Fabriken im Kollektivbesitz haben, ist leider noch nicht wahr. Aber es wird dahin kommen. So sicher wie der Absolutismus der Konstitution weichen mußte, und diese wieder der Republik und Demokratie weichen müssen, so sicher wird auch auf dem Gebiete der Fabrikation der Absolutismus der Fabrikherren der Konstitution weichen müssen. Der Fabrikherr wird es sich gefallen lassen müssen, neben sich eine Vertretung der Arbeiterschaft zu haben, die mitzubestimmen hat, und diese konstitutionelle Fabrik wird abgelöst werden von der demokratisch-sozialistischen. Das werden Sie nicht hindern können, auch wenn Sie den Versuch machen, das Koalitionsrecht noch weiter einzuschränken. Sie mögen die strengsten drakonischen Maßregeln ergreifen, Sie hindern den Entwicklungsgang nicht, er geht über Ihre Köpfe hinweg. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nun aber hat der Frhr. v. Stumm von dem Terrorismus der Arbeiter gesprochen und von den Ausschreitungen, die bei Streiks vorgekommen wären. Wenn im Hamburger Hafnarbeiterstreik, den er erwähnt, Ausschreitungen vorgekommen wären, so wäre das leicht verständlich, da es sich um Arbeiter handelte, die noch nicht durch die Schule der Organisation gegangen waren. Es ist aber garnicht einmal der Fall. Wesen Sie doch, was Herr Prof. Lönnies darüber im „Archiv für soziale Befregung“ gesagt hat! Die Arbeitgeber haben einfach die Streikbrecher mit Revolvern ausgerüstet, um bei jeder Gelegenheit auf die Streikenden zu schießen. Und was waren diese Arbeitswilligen? Gefindel ist nach Hamburg gekommen. (Widerspruch rechts.) Wir haben diese Leute lieber nicht zu überreden versucht, die Arbeit niederzulegen, die konnten wir den Arbeitgebern ruhig lassen. Und solche Leute hat der Unternehmerverband mit Revolvern ausgerüstet! Wenn Sie also etwas gegen den Terrorismus sagen wollen, dann wenden Sie sich an das Unternehmertum, dessen Interessen Sie vertreten! Ebenso hat man die Streikbrecher bei dem Streik in der Waggonfabrik in Gütstrom mit Schlagringen ausgerüstet. Es ist noch nicht vorgekommen, daß Streikende, die organisiert waren, wohl aber, daß Streikbrecher ihre Gegner todt geschlagen oder mißhandelt haben. (Widerspruch rechts.) In Lübeck haben die Unternehmer die Streikbrecher mit Revolvern ausgerüstet, und einer der Streikbrecher hat dann ganz ohne Ursache in einen Hausen von Streikenden hineingeschossen! Wenn Frhr.

v. Stumm anführe, daß in Torgelow ein Streikbrecher erschlagen worden ist, so wollen wir doch erst das Resultat der Untersuchung abwarten. Wenn dabei der Unternehmer lange von den Gewerkschaften drangsaliirt sein soll, so ist das einfach nicht wahr; eine Gewerkschaft hat dort garnicht vorher bestanden; sobald sie sich im November vorigen Jahres bildete, kam der Unternehmer und verbot den Arbeitern, von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Sie haben nicht die geringste Ursache, dem Terrorismus der Arbeiter vorzubeugen. Ueben denn die Arbeitgeber nicht Terrorismus aus gegen ihre Jhresgleichen? Haben die Unternehmer nicht außerhalb des Verbandes Stehende gezwungen, in den Verband einzutreten? Das ist Terrorismus und garnichts Anderes, da sollten Sie uns doch ungeschoren lassen!

Zum Schluß kann ich bemerken, daß ich auch ausnahmsweise einmal mit Frhr. v. Stumm übereinstimme. Er sagte gestern: Er wollte die Arbeiter davor bewahren, daß ihnen von gewissen Blutlaugern die Groschen aus der Tasche gezogen würden. Das sage ich auch, ich setze nämlich voraus, daß er die heutigen Kapitalisten Deutschlands gemeint hat. (Lachen rechts.) Es wundert mich nur, daß er dann nicht die Staatsgewalt zum Schutze der Arbeiter anruft. Oder ist es nicht so? Meint er etwa uns, die für die Interessen der Arbeiter eintreten? Dann ist es aber doch ganz sonderbar, daß die anwesenden Agitatoren immer noch arm sind. Woher hat denn aber der Frhr. v. Stumm seine Millionen? Hat er sie nicht aus den Knochen der Arbeiter herausgezogen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die deutsche Reichsregierung hat den Unternehmern bereits so großes Entgegenkommen bewiesen, daß es an der Zeit wäre, wenn hierin einmal Halt gemacht würde. Der Abg. Lieber hat von dem Terrorismus gegenüber den christlichen Gewerkschaften gesprochen. Ich möchte ihn darauf hinweisen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen nicht darnach fragen sollten, welche religiöse oder politische Ueberzeugung Jemand hat. Wenn Differenzen zwischen den christlichen Gewerkschaften und anderen bestehen, so liegt das daran, daß seitens der Vertreter des Zentrums oder der christlichen Gewerkschaften der Versuch gemacht wird, in diese rein ökonomische Bewegung religiöse Momente hinein zu tragen. Da wird von der Kanzel herab gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften gepredigt, da wird systematisch gehegt, anstatt daß diese Herren sich sagten: wollen wir eine bessere Lebenshaltung der Arbeiter erringen, dann darf es keine solche Unterschiebe geben. Statt dessen kommen Sie und gründen Sonderorganisationen. Sie hindern damit die Arbeiterschaft, und brauchen sich deshalb nicht zu wundern, wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit Ihnen nichts zu schaffen haben wollen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vielleicht kommt der Herr Staatssekretär auch einmal zu einer anderen Meinung, ebenso wie der frühere Minister Herr v. Berlepsch. Wenn man sich fortwährend von dem Unternehmertum in dieser Weise gedrängt sieht, muß man ja schließlich einen Eckel vor diesem Treiben bekommen. Möchte er nur zu einer anderen Ansicht kommen, so lange er noch Minister ist und sie dann frei aussprechen! Dann wird er sich ein größeres Verdienst um die Wohlfahrt des Volkes erwerben, als wenn er sich fortgesetzt von dem Unternehmertum drängen läßt, die Arbeiterschaft zu drangsaliiren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberathung.

Die Einigung der Berliner Zimmerer-Organisationen und das Verhalten des Vorstandes des „Vereins der Zimmerer Berlins und der Umgegend“.

Seit ungefähr 4 Monaten haben in Berlin zwischen den beiden Zimmerer-Organisationen erneute Einigungs-Verhandlungen stattgefunden, die leider wiederum das Ziel, eine einheitliche Organisation zu Stande zu bringen, nicht erreichten. Man konnte nach Lage der Sache einen anderen Ausgang erwarten, denn die traurigen Erfahrungen bei der letzten Lohnbewegung waren Grund genug hierzu. Das alte Schlagwort der Lokalorganisirten Kameraden: „Wir marschiren getrennt und schlagen vereint“, daß besonders die Leiter derselben immer im Munde führen, ist gründlich zu Schanden geworden.

Die Lohnkommission, welche die Lohnbewegung leitete und die aus je drei Mitgliedern der Zentral- und Lokalorganisation zusammengesetzt war, konnte sich dieser Thatsache nicht länger verschließen. Sie erließ an die Vorstände der beiden Organisationen eine Aufforderung dahingehend, sich noch einmal allen Ernste mit dieser Frage zu beschäftigen. Gleichzeitig unterbreitete sie eine Vorlage, welche die Grundlage der Vereinigung bilden sollte. Am 24. Oktober beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung, die von den organisirten Zimmerern beider Richtungen sehr gut besucht war. (Siehe „Zimmerer“ Nr. 45 von 1897), mit dieser Sache. Das Resultat war die Annahme einer Resolution, in welcher es nochmals den Vorständen zur Pflicht gemacht wurde, unter allen Umständen eine Verständigung herbeizuführen. Gegen die Annahme der Resolution sprach der Vorsitzende des Vereins, Dohst; es stimmten aber nur zwei Personen dagegen — zwei Gastwirthe! Damit waren die ersten Schritte gethan; die Sache ruhte nunmehr in den Händen der Vorstände.

Die Vorlage der Lohnkommission besagte im Wesentlichen das Folgende:

1. Mit Rücksicht darauf, daß auch von den lokalorganisirten Zimmerern die Zentralorganisation als er-

strebenwerth — wenn auch in anderer Form — bezeichnet worden ist, wird dieselbe in Zukunft als maßgebend anerkannt.

2. Da zur Zeit eine Organisation besteht, die sich über ganz Deutschland erstreckt, empfiehlt es sich, sich derselben anzuschließen, jedoch unter dem Vorbehalt, daß für Berlin Veränderungen im Statut, welche sich nach Ansicht eines Theiles der Berliner Zimmerer als notwendig erweisen, für zulässig erklärt werden, und zwar:

- Die Höhe der Beiträge, welche § 4 des Verbandsstatuts vorschreibt, wird beibehalten, jedoch an Stelle der 60 pSt. sollen fortan nur 40 pSt. an die Hauptkasse abgeführt werden.
- Extramarken, welche alljährlich der Hauptvorstand herausgibt, werden in Berlin nicht vertrieben; dafür verpflichten sich die Berliner Zimmerer, zur Unterstützung der Kameraden im übrigen Deutschland bei Streiks dem Hauptvorstand eine entsprechende Summe zur Verfügung zu stellen.
- Das Streitreglement hat für Berlin keine Gültigkeit.

Der Vorstand der Verbandszahlstelle gab seine Zustimmung zu diesen Vorschlägen und erklärte, bei seinen Mitgliedern, sowie bei dem Hauptvorstand und event. der Generalversammlung dafür eintreten zu wollen.

Nicht so der Vorstand des Vereins der Zimmerer Berlins. Dieser war mit der Vorlage nicht nur nicht einverstanden, sondern er machte Gegenanschläge, die einen bitteren Hohn auf die Beschlüsse der öffentlichen Versammlung bilden. Die wesentlichsten Punkte dieser Gegenanschläge sind:

1. Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend löst sich auf und schießt sich der Zahlstelle Berlin an.

2. Das Statut, sowie Streitreglement haben für Berlin keine Gültigkeit.

3. Zur Verabreichung eines einheitlichen Statuts wird eine Kommission, bestehend aus sechs Mann, gewählt, drei Mann vom Verbands, drei Mann vom Verein. Außerdem wurden Direktiven gegeben, wonach das Verbandsstatut geändert werden sollte. Wir können diese hier vor der Hand nicht alle abdrucken, weil sie zu viel Raum beanspruchen, und müssen uns damit begnügen, zu sagen, daß man auf jener Seite die Sitten hatte, zu verlangen, daß die Beschlüsse der öffentlichen Versammlung, sowie die Vorlage der Lohnkommission in ihr Gegenteil umgekehrt werden sollten. Außerdem erklärte die Mehrzahl der von dem Verein an den Einigungsverhandlungen Theil nehmenden Personen, sie würde unter keinen Umständen für die Anerkennung der Beschlüsse unter ihren Mitgliedern wirken, wenn die Beschlüsse nicht vollkommen den Direktiven entsprächen.

Es zeugt gewiß von dem guten Willen der Vertreter der Verbandszahlstelle, daß sie trotz des unqualifizierbaren Benehmens der Vertreter des Vereins auf der ferneren Verhandlung bestanden. In mehreren gemeinsamen Sitzungen wurde über die Vorschläge diskutiert. Es ergab sich dabei, daß hinter der Vorlage des Vereinsvorstandes nur wenige Personen standen. Und auch diese konnten dieselbe nur sehr ungeschickt vertheidigen, so daß es nicht unmöglich erscheint, daß die Vorlage von dritten Personen, die nur mittelbar mit einigen Personen des Vereinsvorstandes in geheimnißvollen Beziehungen stehen, verfaßt worden ist. Doch abgesehen davon, eine Anzahl der Vertreter des Vereins stimmte gegen die unvernünftigen Vorschläge ihres Vorstandes und gab Anträgen seine Zustimmung, die den Beschlüssen der öffentlichen Versammlung entsprachen.

Als so die Beschlüsse zu Stande gekommen waren, an die Verbandszahlstelle 40 pSt. der direkten Beiträge zu zahlen und den „Zimmerer“ obligatorisch einzuführen resp. beizubehalten, wurden die Vertreter des Vereins, welche ihre Zustimmung gegeben hatten, von dem Vorstand des Vereins zurückgezogen. Derselbe erklärte in der nächsten Sitzung, mehr ironisch als überzeugend, die Leute hätten sich zu wenig mit der Sache befaßt, sie verstanden nichts davon. Dieses Wanderverstehen dann noch öfter wiederholt; es sind so Personen als „unfähig“ zurückgezogen worden, die sonst auf schweren Posten stehen. Die Absicht einiger Personen resp. des Vereinsvorstandes, die Einigung schon bei den Verhandlungen zum Scheitern zu bringen, trat vollkommen klar zu Tage. Die Verbandsmitglieder ließen sich dadurch aber nicht irre führen, die Verhandlungen wurden trotz der jämmerlichen Obstruktion des Vereinsvorstandes zu Ende geführt. Die Vorlage der Lohnkommission wurde noch in verschiedenen Punkten zu Ungunsten des Verbandes abgeändert und schließlich angenommen. Die Vorstände sollten diese Beschlüsse nun ihren Mitgliedern zur Anerkennung unterbreiten. Der Vorstand der Verbandszahlstelle that das und versuchte auch die in der nächsten Umgebung Berlins sich befindenden Verbandszahlstellen dafür zu gewinnen. Die Beschlüsse wurden anerkannt. Der Vorstand des Vereins der Zimmerer Berlins betrieb aber auch jetzt einen ungeschönten Schwindel: er legte seinen Mitgliedern die Beschlüsse in der angenommenen Form garnicht vor, sondern formte sie seiner Absicht, die Einigung nicht zu Stande kommen zu lassen, entsprechend um, und gab dann diese Form als Original aus. Die Mitgliederversammlung des Vereins, die den Schwindel nicht geblüht gefaßt, nahm die unechte „Vorlage“ an.

Der Vorstand des Vereins, um der Verbandszahlstelle die Annahme dieser ohnehin unannehmbaren „Sonderstatuten für Berlin“ unmöglich zu machen, arbeitete dann noch „Uebergangsbestimmungen“ aus, die bezweckten, daß wenn die Sonderstatuten von Seiten der Verbandszahlstelle Anerkennung fänden, sich innerhalb der so zu Stande gekommenen neuen Zahlstelle eine Sonderorganisation, aus einigen Mitgliedern des jetzigen Vereins bestehend, einrichten wollte. — Die Aufgaben

dieser Sonderorganisation sind gewiß von selbst einleuchtend; wir werden später aber nochmals ausführlich darauf zurückkommen.

Zu diesem unerhörten Treiben, das der Vereinsvorstand unter der Etikette: „Einigungsbestrebungen“, ausführte, nahm die Verbandszahlstelle am Sonntag, den 23. Januar, in einer überaus stark besuchten Versammlung Stellung. Die Verbandsmitglieder hatten das traurige Spiel bis zum Ueberlaufen satt und beschlossen daher, gegen einige garnicht in Betracht kommende Stimmen (es waren drei oder vier), nun die Verhandlungen als ausichtslos aufzugeben und in jeder Beziehung selbstständig als Organisation in Berlin aufzutreten.

Es wurde die Einrichtung eines selbstständigen Bureau besprochen, ebenso die selbstständige Regelung der Streitigkeiten auf den Arbeitsplätzen und die Selbstständigkeit des Sammelwesens. (Siehe Anzeigen.)

Hoffentlich wird auch der einsichtiger Theil der Vereinsmitglieder, sobald die verwerfliche Obstruktion und der Schwindel seines Vorstandes bekannt sind, einsehen, daß dieser Schritt, den die Zahlstelle gethan, der einzig richtige war. Es liegt dann an diesen Kameraden, mit ihrem Vorstande abzurechnen und die Einigung ohne ihn zu vollziehen, auf der ungeschickten Grundlage des Verbandes, die auch für Berlin die zweckmäßigste ist. Den Kameraden steht es jeden Tag frei, in den Verband einzutreten!

Berichte.

Altbaum. Am 16. Januar tagte unsere Generalversammlung, die gut besucht war. Der Kassirer verlas die Abrechnung, deren Richtigkeit die Revisoren bestätigten. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Kamerad Dit erstattete Bericht vom Provinzialverbandstage, der sich mit dem bereits veröffentlichten Protokoll deckt. Er ersuchte im Besonderen, die Geldmittel zu beschaffen, die zu der Agitation notwendig sind. Die Arbeitslosenzahlkarten wurden ausgeben und deren Ausfüllung bebrochen; bis zum 26. Februar sollen dieselben an den Kassirer zurückgeliefert werden. Eine längere Debatte entspann sich über die Regelung auf Büttel's Platz. Dort sind sechs Kameraden entlassen worden, weil sie den Lohn tarif eingereicht hatten. Die Sache ist jedoch wieder beigelegt, die Kameraden sind wieder eingestellt worden.

Darmen. Am Sonntag, den 16. d. M. tagte unsere Mitgliederversammlung. Nach Erhebung der Beiträge hielt Genosse Faberland einen Vortrag über Organisation und ihre Bedeutung. Redner schilderte in längeren Ausführungen die Entstehung und Wirksamkeit der Organisationen. Zum dritten Punkt, „Verschiedenes“, wurde das ungerechte Vorgehen des Zimmermeisters Brosenius gerügt. Benannt habe Freitag's Mittags einige Kameraden unterschreiben lassen, daß keine gegenseitige Kündigung stattfinden, und ihnen vorgespiegelt, es geschehe für später, wenn eventuell die Arbeit zusammenzuschmelzen sollte; Samstag's Abends hatten jedoch die Kameraden schon ihre Entlassung. Es wurde den Kameraden gerathen, den Herrn Brosenius beim Gewerbegericht zu verklagen, da er ihnen falsche Vorspiegelungen gemacht habe. Hätten wir hier nicht noch immer mit einem großen Indifferentismus zu rechnen, so würden wir dem Herrn Unternehmer in bezeichnetem Falle ein Halt zugerufen haben, indem wir einfach nicht unterschrieben hätten; darum muß uns dieser Fall wiederum ein Ausrufen sein, mit aller Behemung für den Verband zu agitiren.

Cabarz. Am 16. Januar tagte unsere Generalversammlung. Das Protokoll wurde verlesen und ohne Widerspruch genehmigt. Hierauf verlas der Kassirer die Abrechnung vom 4. Quartal 1897. Da die Revisoren die Richtigkeit derselben bestätigten, ertheilte die Versammlung dem Kassirer Decharge. Der Schriftführer, Kamerad Kreuzburg, erstattete Bericht von der Landeskonferenz zu Ordruf. Derselbe erledigte sich seiner Aufgabe, indem er mit kurzen Worten den Standpunkt des Hauptvorstandes zu der Lohnbewegung im Zimmergewerbe des gothaischen Landes klar legte. Sodann ermahnnte derselbe die Kameraden zu treuem und festem Zusammenhalten, dann könne bei einem etwaigen Kampfe mit den Unternehmern der Sieg nicht ausbleiben. Sodann hielt Kamerad Hill aus Eisenach einen Vortrag über „Das frühere Zustandwesen und die moderne Arbeiterbewegung“, welcher von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde. Kamerad Kreuzburg forderte zu regem Kauf der Extramarken auf und setzte auch für M. 2,10 ab. Der Vorsitzende schloß mit einem Hoch auf den Verband die gut besuchte Versammlung.

Crimmitschau. Am Sonntag, den 16. Januar, fand hier eine Zimmererversammlung statt, in welcher Kamerad Eiß über den „Kongreß in Altenburg“ berichtete. Ferner wurde eine Anfrage eines Kameraden: „Wie stellen sich die Zimmerer Crimmitschaws zu einer diesjährigen Lohnforderung bezw. Verkürzung der Arbeitszeit?“ dahingehend beantwortet, daß für dieses Jahr von einer Forderung abzusehen sei, vielmehr möchten in diesem Jahre die hiesigen Zimmerer einmal recht opferwillig in materieller Hinsicht für den Verband wirken, erst dann könne man im nächsten Jahre an die Durchführung einer Lohnforderung denken. Während der Debatte kam es zu persönlichen Reibereien zwischen mehreren Kameraden, welches andererseits stark gerügt wurde. Nachdem sodann ein Antrag, nach vier bis fünf Wochen eine Versammlung mit der Tagesordnung „Unfallversicherungsgesetz und Unfallverhütungsvorschriften“ einzuberufen, angenommen worden war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Darmstadt. Am 17. Januar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche sehr gut

besucht war. Zunächst fand die Aufnahme neuer Mitglieder vollzogen. Es wurden gewählt: als erster Vorsitzender Peter Kröb, Alexanderstr. 9, als erster Kassirer Heinrich Friß, Viehtrauenstr. 42, als erster Schriftführer Karl Schimmer, Pantatinsstr. 52. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1897 wurde vom Kassirer verlesen und von der Versammlung anerkannt. Der Delegirte erstattete Bericht über die Konferenz in Mainz. Es wurden ferner Unterstützungsfondsmarken beschafft, 10000 Stück à 5 \mathcal{A} , welche vom 1. Januar ab schon im Vertrieb sind. — Die nächste Mitgliederversammlung findet Montag, den 31. Januar, Abends 5 Uhr, im Lokale „Landsberg“ statt.

Dresden. Am 11. Januar tagte eine Zimmererversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kameraden Thomas in der üblichen Weise geehrt. Dann erstatteten die Delegirten Bericht von der Landeskonferenz, der sich mit dem Protokoll in Nr. 2 des „Zimmerer“ deckt. Kamerad Gaußmann gab bekannt, daß auf der Landeskonferenz beschlossen worden sei, in Dresden ein selbstständiges Agitationscomité zu bilden, welches aber dem Hauptcomité in Leipzig über jede geplante größere Agitation Bericht zu erstatten habe. Es wurden die Kameraden Gaußmann, Löwe und Grosche gewählt. Beim zweiten Punkt gab Kamerad Schmidt Bericht über den Vertrieb der Reservefondskarten und Marken. Es wurden im Ganzen 1324 Karten ausgegeben. Davon kamen aber nur 389 Zimmerer zum Theil ihren Verpflichtungen nach und ließen ihre Namen eintragen, und nur 79 davon sind dem Beschlusse nachgekommen und haben die bestimmte Anzahl Marken genommen und ihre Karten abstempeln lassen. Es wurde von mehreren Rednern bedauert, daß die Dresdener Zimmerer ihrem Beschlusse vom Frühjahr vorigen Jahres, welcher lautete: „Pflicht eines jeden Zimmerers von Dresden und Umgegend ist es, in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1897 eine Reservefondskarte und jede Woche eine Marke (d. h. 26 Marken à 25 \mathcal{A}) zu entnehmen und diese Karten bis zum 1. Oktober bei der Lohnkommission abstempeln zu lassen“, so wenig nachgekommen sind. Es wurde schließlich ein Antrag angenommen, nach welchem die Lohnkommission für dieses Jahr neue Karten und Marken ausgeben soll. Da der bisherige Vertrauensmann, Kamerad Laich, sein Amt aus Gründen privater Natur niederlegte, so wurden die Kameraden Graupner als Vertrauensmann und Hornop und Tanzman als Stellvertreter dem Hauptvorstand in Vorschlag gebracht. Von der Lohnkommission wurde noch mitgetheilt, daß an dem Bau der fünften Elbbrücke Zimmerer für 36 \mathcal{A} Stundenlohn beschäftigt wurden. Als der betreffende Leiter, der Ingenieur G e n n e b a c h, von der Lohnkommission darüber zur Rede gestellt wurde, erklärte er, daß sich die betreffenden Zimmerer als Arbeiter angeboten hätten und nur so nebenbei Zimmerarbeit leisteten. Er versprach aber, daß er jetzt gleichfalls den ortsüblichen Lohn zahlen würde, was auch geschehen ist. Sehr scharf kritisiert wurde ferner Baumeister Kaiser, welcher im Stadtverordnetenkollegium erklärte, er müßte den Zimmerern bei der Verfüßung des Kreuzthurmes, infolge der gefährlichen Arbeit, 60 \mathcal{A} Stundenlohn zahlen, in Wirklichkeit hat er aber nur bis 43 \mathcal{A} gezahlt. Der Herr Innungsmeister entschuldigte sein Verhalten damit, daß die Polizei nicht mehr auf die Lohlhilfe gesetzt hätten. Das ist auch ein „Grund“, den Arbeitern den so schwer verdienten Lohn nicht auszuzahlen! Es waren aber leider alles Indifferenten, bei denen er es anbringen konnte. Die Organisirten hätten auf jeden Fall diese Arbeiten in der Kälte und Glätte in solch schwindelnder Höhe nicht für das Lumpengeld besorgt.

Elberfeld. Am Sonntag, den 16. d. M., tagte unsere Mitgliederversammlung, in welcher von den 67 Mitgliedern der Zahlstelle nur 24 erschienen waren, gewiß ein Zeichen dafür, daß es in der neu gegründeten Zahlstelle noch an dem wahren Interesse für die Organisation mangelt. Die Erhebung der Beiträge wurde zurück gestellt, da der Kassirer ohne jegliche Entschuldigung ausblieb. Kamerad Trundelberg wies sodann auf die vielen Unglücksfälle hin, welche hier immer vor sich gehen, und stellte den Antrag, am Sonntag, den 30. d. M., eine öffentliche Zimmererversammlung einzuberufen, in welcher Stellung zu nehmen sei in Bezug auf notwendige Schutzvorrichtungen auf Bauten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Erlangen. Am 15. Januar tagte hier eine öffentliche Zimmererversammlung, welche von circa 25 Zimmerleuten besucht war. Kamerad Kuhlmann aus München hielt einen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und ihre Hebung durch die Organisation“. Die Versammlung erklärte sich durch die Annahme einer Resolution mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Zum Schluß wurde noch das Ueberbestimmmachen und die Sonntagsarbeit, die hier hauptsächlich in der Hölbling'schen Werkstatte in voller Blüthe steht, scharf gerügt. Die Kameraden halten es nicht einmal für notwendig, in einer öffentlichen Versammlung zu erscheinen. Es wäre zu wünschen, daß die nicht gerade kluge Handlungsweise jener Kameraden unterbleibt.

Fürth. Am 9. Januar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung mit Abrechnung des vierten Quartals. Der Kassirer gab die Abrechnung bekannt, welche von der Versammlung geprüft und für richtig befunden wurde. Ferner wurde der Antrag gestellt, den Lohn tarif am 1. April 1898 abzuändern. Eingehend wurde über die 1 1/2 stündige Mittagspause bezw. über die neunstündige Arbeitszeit diskutiert. Oben bezeichneter Antrag wurde schließlich einstimmig zum Beschluß erhoben.

Am 16. Januar fand hierorts eine öffentliche Zimmererverversammlung statt, welche recht zahlreich besucht war. Kamerad Kuhlmann aus München referierte über das Thema: „Warum ist es Hauptpflicht der Arbeiter, die Verkürzung der Arbeitszeit zu erstreben?“ In allgemein verständlicher, klarer Weise führte Redner aus, daß Ueberstunden und Akkordarbeiten größtmöglichst vermieden werden müßten, da durch letztere der Lohn systematisch herabgedrückt werde. Würde man die jetzige Arbeitszeit um mindestens eine Stunde verkürzen, so würde das Heer der Reservearmee schon bedeutend vermindert sein. Wenn die Löhne zurückgehen, so sei es die Schuld der Zimmerer selbst; wo eine stramme Organisation bestünde, könne dieses nicht der Fall sein. Ebenso wichtig wie die Arbeitszeitverkürzung sei auch die Festsetzung eines Minimallohnes. Zum Schluß appellierte der Redner an das Organisationsinteresse der Kameraden; ein Jeder müsse Agitator sein für die Organisation. Wer nicht mit uns, der sei gegen uns. Erst, wenn die Organisation die entsprechende Stärke erreicht habe, könne man mit Zuversicht an eine Verbesserung der Lage denken. — Da die Ausführungen des Referenten eine Diskussion nicht nach sich zogen, ging man zum dritten Punkt der Tagesordnung über, indem Kamerad Oslein den abseits der Lohnkommission in Gemeinschaft mit den Verfassenden delegierten ausgearbeiteten Lohnsatz zur Verlesung brachte. Derselbe wurde von Paragraph zu Paragraph durchberathen und mit wenigen Änderungen angenommen. Der Lohnsatz soll so bald wie möglich den Arbeitgebern zugestellt werden. Mit einigen Dankesworten an den Referenten, sowie einem dreimaligen Hoch auf den Verband der deutschen Zimmerleute wurde hierauf die Versammlung geschlossen.

Liegnitz. Am 15. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung, es waren 80 bis 90 Kameraden erschienen. Die Beiträge wurden erhoben, und dann hielt Kamerad Schmidt aus Breslau einen lehrreichen Vortrag über „Die Organisation und deren Bedeutung“. Er erläuterte die gewerblichen Mißstände und beklagte die große Unwissenheit unter den Kameraden, die es den Arbeitgebern ermöglicht, die unerhörte Ausbeutung zu betreiben. Demgegenüber könne nur die Organisation Remedur schaffen. Zu einer guten Organisation gehöre aber die pünktliche Entrichtung der Beiträge und der regelmäßige Versammlungsbesuch. Die Organisation müsse insbesondere darauf hinwirken, daß die Arbeitszeit verkürzt wird. Die Versammelten hörten dem Referenten begeistert zu und lobten ihm am Schluß mit reichem Beifall.

Ludwigshafen. Am 9. Januar tagte eine öffentliche Zimmererverversammlung. Genosse Klein aus Mannheim hielt einen Vortrag über: „Die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung“, der allgemein Anklang fand. Eine längere Diskussion wurde geführt über die Fragen: „Wie sichern wir unsere vorjährigen Errungenschaften und wie lassen sich die noch bestehenden Mißstände beseitigen.“ Es ließen sich mehrere Kameraden in den Verband aufnehmen.

Lübben-Steinkirchen. Am 27. Dezember 1897 tagte unsere Generalversammlung, die sehr schwach besucht war. Zunächst wurde die Neuwahl des Vorstandes vollzogen. Dann wurde allgemein Klage geführt, daß die Versammlungen so schwach besucht werden, insbesondere lassen sich diejenigen Kameraden nur selten sehen, welche während des Streiks die meiste Unterstützung bezogen.

Am 9. Januar tagte eine Mitgliederversammlung, die wiederum nur schwach besucht war. Die Abrechnung wurde verlesen, die Richtigkeit derselben wurde von den Revisoren bestätigt. Die Unterschriften wurden dem neuen Kassier übergeben, der das Versprechen abgab, seine Pflicht in jeder Beziehung erfüllen zu wollen.

Weinungen. Am 15. Januar tagte eine öffentliche Zimmererverversammlung, die nur schwach besucht war. Am selben Abend fand ein Feuerweh- und Kriegerball statt und der scheint vielen Zimmerern wichtiger zu sein, als die Verbesserung ihrer Lage. Die Lohnkommission berichtete, daß sie dem gefällten Beschlusse gemäß, die Forderungen, welche im „Zimmerer“ bereits bekannt gegeben sind, den Meistern unterbreitet habe. Diese scheinen nicht ganz abgeneigt zu sein, die Forderungen zu bewilligen, nur einige Punkte sollen erst noch erörtert werden. Auch im Publikum begegnen unsere Forderungen Sympathie. Die Arbeit ist hier derartig im Preise gedrückt, daß es nachgerade allgemein auffällt.

Ohlau. Am 16. Januar fand unsere Mitgliederversammlung statt, in der zunächst ein Schriftführer gewählt wurde, weil der bisherige dreimal unentschuldig fehlte. Die Abrechnung vom Vergnügen ergab eine Einnahme von M. 35,25 und eine Ausgabe von M. 63,75. Um den fehlenden Betrag zu decken, mußten M. 40 aus der Lokalkasse genommen werden, wonach noch M. 11,50 übrig blieben. Die Abrechnung vom verflorenen Quartal wurde verlesen, von den Revisoren revidiert und für richtig befunden. Unter „Verschiedenes“ wurden die Schuldner der Lokalkasse moniert, und dem Vorstand die Vollmacht erteilt, die betreffenden Kameraden auf geeignetem Wege zu veranlassen, ihre Schulden abzuführen. Beschllossen wurde ferner, daß Unterstützungen aus der Lokalkasse nicht mehr gewährt werden. Hierauf erfolgte Schluß der mächtig besuchten Versammlung.

Pyritz. Am 16. Januar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die sehr gut besucht war. Kamerad Stellmacher aus Stettin, welcher auf allgemeinen Wunsch erschienen war, behandelte das Thema: „Der Werth der Organisation“. Er erklärte in kurzen klaren Sätzen, wie und weshalb die Organisation gegründet sei, und zeigte, wie falsch die Behauptung ist, daß von der Organisation nur die großen Städte Nutzen hätten und die kleinen Städte nur zum Geldzahlen da wären. Er legte den

Kameraden an's Herz, festzustehen in diesem Kampfe, dann würde der Sieg auch unser sein. Er ermahnte uns auch, wir sollten uns nicht zu Thätlichkeiten hinreißen lassen, sondern stets einen kühlen Kopf und ein warmes Herz behalten. Diejenigen Kameraden, welche dem Verbands noch fern stehen, sollten wir nur mit Nichtbeachtung strafen, dann würden sie sich schneller uns anschließen, als wenn wir es mit Gewalt versuchten. Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen lehrreichen Vortrag. Der Vorschlag, einen Kameraden nach Greifenberg zu senden, um genaue Nachrichten einzuziehen über die Zimmerer, welche dort arbeiten, wurde zurückgestellt, weil der Kamerad Stellmacher sich erbot, genauen Bericht einzuziehen, und uns dann zu benachrichtigen. Die Versammlung beschloß, über das Lokal des Herrn Sach die Sperre zu verhängen, weil er uns sein Lokal nicht zur Verfügung stellen wollte, trotzdem wir immer bei ihm verkehrt haben und der Steinsegerverband seine Versammlungen dort auch abhält. Nachdem die Beiträge eingezogen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Schivelbein. Am 17. Januar tagte hier eine öffentliche Zimmererverversammlung, in welcher Kamerad Schraber aus Hamburg einen Vortrag über „Den Zweck und Nutzen der Organisation“ hielt. Der Vortragende erläuterte die früheren Zustände und die heutige Produktionsweise. Die Lage der arbeitenden Klasse, speziell die der Zimmerer, werde von Jahr zu Jahr immer schlechter. Es sei daher eine gewerkschaftliche Organisation dringend notwendig. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag ließen sich sieben Kameraden als Mitglieder aufnehmen, so daß wir jetzt 30 Mitglieder haben. Die Lohnfrage wurde einer späteren Versammlung zur Regelung überlassen.

Spandau. Am 16. Januar fand hier eine schwach besuchte öffentliche Zimmererverversammlung statt, in welcher Kamerad Stehr aus Berlin einen Vortrag hielt. Mit durchgreifenden Worten erläuterte Redner die politischen und gewerkschaftlichen Verhältnisse und die ganze Wirtschaftsweise der heutigen Zeit; er kam auch auf den englischen Maschinenarbeiterstreik zu sprechen, wobei er die gute und starke Organisation dieser Arbeiter hervorhob, wie achtzigtausend Mann sechs Monate lang unermüdlich im Auslande sich befinden und dabei große Opferwilligkeit offenbaren. Hieraus sei ersichtlich, daß die englischen Arbeiter in einem viel besseren Verhältnis zur Organisation stehen als die deutschen Arbeiter. Weiter ermahnte Redner zur Aufbesserung und Erweiterung unserer Organisation. Alsdann wurde die Abrechnung vom Unterstützungsfonds verlesen, welche für richtig befunden wurde. Ein Antrag, welcher lautet: „Vom 1. Februar 1898 bis auf Weiteres sind die Beiträge zum öffentlichen Unterstützungsfonds, welche eine Höhe von 20 $\frac{1}{2}$ pro Kopf und Woche betragen, durch die Platz- oder Baudeputirten auf Listen einzuziehen und an jedem Sonntag Vormittag an die Lohnkommission abzuliefern, worüber durch Marken quittirt wird“, fand einstimmige Annahme. Dann verlas der Kartelldelegierte das Programm des Gewerkschaftskartells, welches ohne Aenderung angenommen wurde. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Nichtmitglieder zum Beitritt auf.

Vegeack. Am 16. Januar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Schmidt, begrüßte die Anwesenden zum neuen Jahre und ermunterte sie, in diesem Jahre besser die Versammlungen zu besuchen, als im vorigen Jahre. Ebenfalls müßten sie alle die indifferenten Kameraden heranzuziehen versuchen. Wenn wir die alle im Verbands hätten, dann könnten wir ruhig gegen das Kapital vorgehen. Das Protokoll der vorigen Versammlung konnte nicht verlesen werden, da der Schriftführer nicht anwesend war. Kamerad Schmidt wurde als provisorischer Schriftführer gewählt. Dann wurde die Abrechnung vom 4. Quartal verlesen und für richtig befunden. Ein Antrag, zwei Kameraden zu wählen, die Sorge tragen, daß unsere Fahne versichert wird, wurde angenommen. Auch soll es in dem „Versammlungs-Anzeiger“ nicht mehr heißen „Thüringer Hof“ sondern „Vereinshalle“, da das Lokal durch Umbau einen neuen Namen erhalten hat. Es wurde von mehreren Seiten der Wunsch geäußert, in diesem Jahre, und zwar im März, ein Stiftungsfest abzuhalten, was einstimmig beschlossen wurde. Mit einem Hoch auf den Verband und dem Absingen der Arbeiter-Marschlied wurde die Versammlung geschlossen.

Baugewerbliches.

n. Risiko der Bauarbeiter. Bonn, 19. Januar. Heute Morgen fielen auf der Lessingstraße zwei auf einem Neubau beschäftigte Zimmerleute von einem auf Dache angebrachten Gerüst. Der Eine blieb sofort todt, während der Andere schwer verletzt in's Krankenhaus gebracht wurde.

n. Bitterfeld. 19. Januar. Ein betrübender Unglücksfall ereignete sich wiederum auf einem der nahegelegenen Werke. Dort waren mehrere Zimmerleute aus Roßitz mit Arbeiten beim Bauen eines neuen Kesselhauses beschäftigt, als plötzlich drei der Handwerker in die Tiefe stürzten. Einer derselben brach bei dem Sturze einen Arm und trug außerdem noch mehrere sonstige, wenn auch nicht gefährliche, Verwundungen davon. Die beiden Anderen kamen mit verschiedenen Hautabschürfungen und Verstauchungen davon. Die drei Verunglückten wurden nach dem Kreiskrankenhause gebracht.

Gerüstzusammenbruch. Aus Anrath im Rheinlande wird unterm 15. Januar geschrieben: Gestern Nachmittag brach in dem Neubau der Kirche ein 17,80 m hoher Bogen zusammen, zerbrückte das Gerüst und begab unter seinen Trümmern drei Arbeiter. Diese wurden

lebend aus dem Schutte hervorgezogen und zum Krankenhause geschafft. Das Resultat der ärztlichen Untersuchung war — wie die „Warmer Zeitung“ berichtet — leider kein günstiges, da ein Handwerker sehr schwere innere Verletzungen davongetragen. Er ist Familienvater von sieben Kindern und auf den Tod gefaßt, wie er seiner Frau sagte. Ein Zweiter hat ebenfalls innere Verletzungen, sie sind aber nicht direkt lebensgefährlich, während der Dritte mit einigen zerbrochenen Gliedern und dem Verluste eines Auges davon kommen wird.

Der Bogen war von Schwemmsteinen hergestellt, das dürfte die Ursache des Einsturzes sein.

Aus Frankfurt a. M. wird unterm 18. Januar berichtet: Bei den Abbrucharbeiten, Zeil 41, die von der Firma Gerlich vorgenommen werden, führte ein Theil der Fassade des dritten Stockwerks auf das zum Schutze der Straßenpassanten vor den Fenstern des ersten Stockwerks konstruirte Fanggerüst, zertrümmerte dasselbe zum größten Theil und es fiel denn die ganze Stein- und Balkenmasse unter donnerähnlichem Getöse auf das Trottoir, hier einen wüsten Trümmerhaufen bildend. Das Trottoir soll, wie es heißt, um die angegebene Zeit durch einige Arbeiter freigehalten worden sein, und nur der Umstand, daß die herabstürzende Steinmasse zuerst auf das Fanggerüst aufschlug, gab den untenstehenden Leuten Zeit, noch rechtzeitig auf die Seite zu retiriren, so daß glücklicher Weise Niemand zu Schaden gekommen ist.

Danzig. 19. Januar. Vor dem Landgericht wurde ein eigenartiger Baunfall verhandelt, der sich am 9. Juni vorigen Jahres an dem Neubau an der Ecke des Holzmarktes und der neuen Straße Silberhütte ereignete. Auf dem Neubau ist eine Masse von starken eisernen Trägern verarbeitet worden, vor dem 9. Juni hatten die Arbeiter schon über 100 dieser Bauteile in den Neubau geschafft. An dem genannten Tage war dies wieder der Fall, und zwar galt es, vier ganz besonders schwere T-Träger zu bewältigen. Diese waren 47—50 cm hoch und an den Basissenden je 17 cm breit, die Schienen hatten eine Länge von über 5 m und jede derselben wies das respectable Gewicht von reichlich 14 Zentnern auf. Die Schienen wurden von den Eisenbahnarbeitern an der Straße Dominikswall mit den erforderlichen Unterlagern versehen und dann von je acht Arbeitern an den eigentlichen Bauplatz am Dominikswall gebracht. Dort stellten die Leute die Schienen „hochkant“ so auf den Straßendam, daß die eine Schiene einen Stützpunkt an der Vorderkante des Trottoirs hatte, während die anderen Schienen parallel zum Trottoir daneben gelegt wurden. Dann machte man sich daran, die Schienen in den Bauzaun zu bringen, und man war bereits bei der zweiten Schiene thätig, als die beiden anderen Schienen nach außen auf die Straße zu umfielen. Dabei fiel die eine Schiene einem kleinen Mädchen auf das Bein und dieses hat amputirt werden müssen. Es handelte sich nun um die Frage, festzustellen, wer an dem traurigen Vorfall die Schuld trage. Die Bauleitung hat Regierungsbaumeister Schade aus Tilsit, der die Maurerarbeiten an Baugewerksmeister Kirsch vergeben hat. Dieser hat die Aufsicht an den Maurerpolier Werthmann übertragen, der wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagt wurde. W. wendete ein, daß er ja 70 Arbeiter habe beaufsichtigen müssen und daß das Aufstellen und Hereinbringen der Träger, von denen schon über 100 vorher verwandt worden waren, immer so geschehen sei. Im Moment des Unfalls habe er gerade Besippen geiffen oben vom Gerüste aus, auf dem er die anderen Arbeiter besichtigt habe. Der als Sachverständiger vernommene Bau Rath Ditmann bekundete, daß in dem Hochkantstellen der Schienen auf dem Straßendam nichts Unerlaubtes oder Fahrlässiges gefunden werden könne. Der Gerichtshof konnte daher gegen den Angeklagten etwas Belastendes nicht feststellen und erkannte auf Freisprechung.

Die Bauhätigkeit. In Nürnberg sind nach den amtlichen Bekanntmachungen im 4. Vierteljahre 1897 398 Baugesuche eingereicht, wovon auf Neubauten 121 und auf Rückgebäude und bauliche Aenderungen 277 entfallen. An Neubauten wurden genehmigt 98, zurückgezogen 1 und abgewiesen 2; in Instruktion befinden sich noch 20. An Rückgebäuden, baulichen Aenderungen zc. wurden genehmigt 241, abgewiesen 4, zurückgezogen 28; in Instruktion befinden sich 4. Im Ganzen wurden im Jahre 1897 1673 Baugesuche eingereicht, davon fallen 459 auf Neubauten und 1214 auf Rückgebäude und bauliche Aenderungen. An Neubauten wurden genehmigt 418, zurückgezogen 10 und abgewiesen 11. An Rückgebäuden, baulichen Aenderungen usw. wurden genehmigt 1131, abgewiesen 31, zurückgezogen 24. Gegen das Vorjahr 1896 wurden im Jahre 1897 441 Baugesuche mehr eingereicht. Von diesen treffen auf Neubauten 184 und auf Rückgebäude, bauliche Aenderungen usw. 307.

Das städtische Bauamt in Königs hütte (Oberschlesien) hat im Jahre 1897 nicht weniger als 350 Bauforderungen erteilt. Davon entfallen 36 auf große Vorderhäuser, 49 auf Hinterhäuser, 38 auf Seitenflügel, 97 auf Umbauten.

Aus Letmathe, einem Dorfe mit etwa 5000 Einwohnern in Westfalen, wird geschrieben: Auch hierorts scheint die Baulust in diesem Jahre gegen die der letzten nicht zurückgehen zu wollen. Eine ganze Anzahl Neubauten ist projektiert, vielfach mit den Vorarbeiten schon begonnen.

n. Dessau. den 19. Januar. Die Bauhätigkeit hierorts hat infolge der milden Witterung eine nebenswerthe Unterbrechung noch nicht erlitten. Auch letzte Woche wieder wurden sechs Rohbauten fertig gestellt und

zu elf Bauprojekten wurde die nachgesuchte baupolizeiliche Genehmigung erteilt.

Submissionen. In Frankfurt a. M. hatten sich allerlei Unzutraglichkeiten bei Vergebung städtischer Arbeiten und deren Ausführung bemerkbar gemacht...

Kann eine Arbeit zweimal vergeben werden? Die Steinreißer B. und Genossen klagten gegen den Bauunternehmer K. auf Zahlung von M. 285 Entschädigung für entzogene Arbeit.

n. Melle, 16. Januar. Eine gewiß seltene, jedenfalls aber interessante Arbeit wurde auf dem hiesigen Bahnhofe vollzogen, indem es sich darum handelte, die frühere Wasserstation, ein massives Gebäude von 7 m Länge und 6 1/2 m Breite, zu dessen Bau circa 36 000 Backsteine verwendet wurden...

Sozialpolitisches.

Gründungen in Deutschland im Jahre 1897. Das eben zur Hälfte vergangene Jahr war in Deutschland wieder ein echtes und rechtes Gründungsjahr, wie es seit dem Jahre 1889, auf das bekanntlich der Börsenkrach und dann ein bis zum Jahre 1895 seine Nachwehen ausdehnender großgewerblicher Krach folgten, nicht mehr dagewesen ist; denn es brachten die Jahre:

Table with 2 columns: Year and Aktien-Gründungen mit rund. Rows from 1889 to 1897.

Besonders waren es Elektrizitäts-Gesellschaften, welche im Jahre 1897 in Deutschland gegründet wurden; elf an der Zahl, erforderten sie ein Grundkapital von zusammen rund 96 Mill. Mk.; 47 neugegründete Metall-Verarbeitungs- und Maschinenbau-Gesellschaften erheischten ein Gesamtkapital von rund 52 Mill. Mk., 36 Nahrungsmittel-Gesellschaften ein solches von rund 32 Mill. Mk., 15 Banken ein solches von 30 Mill. Mk., 22 Gesellschaften des Webstoff- u. Großgewerbes ein solches von 23 Mill. Mk., 26 Bierbrauereien ein solches von 25 Mill. Mk., 11 Eisenbahn-Gesellschaften ein solches von 24 Mill. Mk., 8 sonstige Transport-Anstalten ein solches von 23 Mill. Mk., 23 Gesellschaften des Stein- und Erden-Großgewerbes ein solches von 18 Mill. Mk., 14 Gesellschaften des chemischen, des Heiz- und Leuchtstoff-Großgewerbes 18 Mill. Mk., 10 baugewerbliche Gesellschaften 13 Mill. Mk. Vom bekanntesten Gründungs-jahr - 1872 - welches in Deutschland 479 neue Aktien-gesellschaften mit 1477 Mill. Mk. Kapital entstehen sah, waren wir allerdings in 1897 noch weit entfernt; das Jahr 1873 aber wurde, der Zahl der gegründeten Aktien-

Gesellschaften nach, vom Jahre 1897 schon übertroffen; 254 Neugründungen gegen 242, mit 380 beziehungsweise 544 Mill. Mk. Kapital.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

An die Zahlstellen in Schleswig-Holstein, Lauenburg und Hamburg.

Der sechste Provinzialverbandstag findet am Sonntag, den 27. und Montag, den 28. März 1898 in Kiel, im "Elysium", Brunswikerstraße, statt. Derselbe wird Sonntags, Nachmittags um 4 Uhr, eröffnet.

Jede Zahlstelle ist berechtigt, einen Delegierten zu wählen. Die genaue Adresse der Delegierten, sowie die gestellten Anträge müssen bis spätestens zum 1. März an die unterzeichnete Kommission eingesandt werden.

Das Empfangscomité auf dem Bahnhofe ist an weißen Schleifen erkennlich.

Besonders sei nochmals auf den Beschluß aufmerksam gemacht, wonach die Kosten zum Verbandstage prozentual auf die Mitgliederzahl verrechnet werden, und sind auf 20 % pro Mitglied festgesetzt.

- 1. Wahl einer Mandatsprüfungskommission. 2. Bureauwahl. 3. Bericht und Rechnungslegung der Agitationskommission. 4. Bericht der Delegierten über die örtlichen Verhältnisse. 5. Beschlußfassung über den vom letzten Verbandstag zurückgestellten Antrag der Zahlstelle Hamburg: "Ist die Agitationskommission und sind die Provinzialverbandstage noch notwendig, oder wäre es zweckmäßiger, die Agitation der Zentralleitung zu überlassen."

Die Zahlstellen werden ersucht, besonders den fünften Punkt der Tagesordnung in's Auge zu fassen und gründlich zu diskutieren.

Die Agitationskommission der Provinz Schleswig-Holstein. F. A.: E. Lewin, Kiel, Jungmannstr. 70, S.

Alle Zuschriften sind an vorstehende Adresse, alle Gelder an den Kassirer H. Baars, Kiel, Lornsenstr. 43, 1. Et., zu senden.

An die Zahlstellen der Zimmerer in Rheinland-Westfalen und Lippe-Deumold.

Kameraden! Der Provinzialverbandstag der Zimmerer für Rheinland-Westfalen und Lippe-Deumold findet am zweiten Ostertage, den 11. April 1898, in Duisburg im Lokale des Herrn Küppers, Klosterstraße Nr. 11, statt.

Die Delegiertenwahlen sind allerwärts so bald wie möglich vorzunehmen. Wir erwarten, daß alle Zahlstellen der Provinzen vertreten sind. Die zu stellenden Anträge und die Adressen der Delegierten müssen bis spätestens am 10. März an den Unterzeichneten gelangt sein.

Vorläufige Tagesordnung: 1. Bureauwahl. 2. Wahl der Mandatsprüfungskommission. 3. Bericht über die Tätigkeit des Agitationscomités. 4. Bericht der Delegierten. 5. Beratung und Beschlußfassung über eingegangene Anträge. 6. Die Gestaltung der ferneren Agitation. 7. Wahl des Agitationscomités.

Mandatsformulare werden nicht versandt. Die Zahlstellenvorstände haben den gewählten Delegierten jedoch ein Mandat auszustellen und dasselbe mit dem Zahlstellenstempel zu versehen. Alles Andere wird dann später im "Zimmerer" bekannt gemacht.

Dieserjenige Zahlstellen, welche ihre Beiträge zum Agitationsfonds noch nicht entrichtet haben, fordern wir hierdurch auf, dieses bald zu thun, damit die Sache in Ordnung kommt; denn, Kameraden, Ihr Alle wißt, wenn etwas geschaffen werden soll, so gehört dazu Geld und der Provinzialverbandstag kostet Geld.

F. B.: Emil Först, Düsseldorf, Schinkelstr. 54, 3. Et.

Die Vorteile der Organisation erkennen jetzt auch die Zimmermeister in Ehrlich und sie spornen an, dieselbe auszubreiten. Als dieser Tage einige jüngere Gesellen Lohnzulage forderten, sagte der betreffende Meister, er gäbe lieber 40 als 24 % Stundenlohn, es müßte aber dafür gesorgt werden, daß sich auch die Zimmerer in den Nachbarorten organisieren und den Lohn aufbessern. Im vorigen Jahre sollten bekanntlich organisierte Zimmerer in Ehrlich nicht beschäftigt werden!

Ueber die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer in Raumburg schreibt uns Kamerad F. Z. von dort: Schon im Jahre 1796 bestand hier die zehnstündige Arbeitszeit.

1807 brannte in dem Dorfe Altenburg a. S. (Altmich) die Mühle ab. Bei dem Wiederaufbau betrug der Tagelohn der Zimmerer nach dem heutigen Gelde M. 1 bis M. 1.20. Dabei wurde schon in Alford gearbeitet und es gab pro laufenden Fuß Holz abzubinden 9 %. Jetzt giebt es pro laufendes Meter 25 bis 27 %. Der Lohn ist also thatsächlich zurückgegangen.

Im Jahre 1822 kam ein Zimmermeister Scheibe aus Hermsdorf nach Raumburg und betrieb die Verkleinerung der Lohn- und Arbeitsbedingungen systematisch. Er brachte es dahin, daß von Morgens 5 Uhr bis Abends 7 Uhr bei einer 1 1/2 stündigen Mittags-pause gearbeitet wurde.

Diese Arbeitszeit wurde erst im Jahre 1868 durch einmütiges Zusammenhalten der Zimmerer um eine Stunde verlängert. Die Meister versuchten sich dagegen aufzulehnen, sie drohten mit allerhand Maßregeln, und der Meister Niedling sprengte das Gerücht aus, er werde einen Transport böhmischer Zimmerer mit Musik von der Bahn abholen lassen. Dieser Transport blieb jedoch aus und die Musikanten harrten, soweit sie nicht verstorben sind, auch heute noch der Erledigung ihres Auftrages.

Im Jahre 1889 organisierten sich die hiesigen Zimmerer zum ersten Male. Von den 120 am Orte beschäftigten Zimmerern schlossen sich 109 dem Fachverein an, den ich 1890 auf dem Kongreß in Gotha vertrat. Die Organisation erlangte die 9 1/2 stündige Arbeitszeit, dann zerbröckelte sie. Mir war es seitdem auf Jahre hinaus nicht mehr möglich, bei einem Zimmermeister Arbeit zu bekommen. Erst im Frühjahr 1897 gelang es mir wieder, Arbeit bei einem Holzhandwerker zu bekommen, wodurch ich wieder Fühlung mit den Kameraden bekam.

Am 11. September 1897 gründeten wir hier eine Zahlstelle des Verbandes der Zimmerer Deutschlands, die Mitgliederzahl derselben ist bereits auf 50 angewachsen. Ich selbst habe indessen meine Arbeitsstelle wieder verloren. Von meinen Kameraden sollte sich einer ungerechten Kündigung unterwerfen, mit dem erklärten wir uns Alle solidarisch und legten die Arbeit nieder. Wir bitten um Fernhaltung des Bezuges, damit uns Niemand in den Rücken fällt.

Aus Profen bei Reuden wird uns berichtet, daß die dortigen Baugewerksmeister sich bereit erklärt haben, den Stundenlohn auf 32 % zu erhöhen. Gefordert wird von den Zimmerern 35 %. Öffentlich werden die Baugewerksmeister es nicht erst zu einem Kampfe kommen lassen und den geforderten Lohn, welcher doch sicherlich nur als ein minimaler bezeichnet werden kann, bewilligen.

Aus Coburg. Den Unternehmern ist von den Zimmerern nachstehender Lohn- und Arbeitstarif unterbreitet worden:

- 1. Die Arbeitszeit beträgt in der Zeit vom 1. April bis zum 1. Oktober pro Tag zehn Stunden, von 6 Uhr des Morgens bis 6 Uhr Abends, mit je einer halben Stunde Frühstück- und Vesper-, sowie einer Stunde Mittags-pause. 2. Der bisherige Stundenlohn soll um 5 % erhöht werden. 3. Ueberstunden werden mit 5 % Aufschlag berechnet. 4. Für Nacht-, Sonntags- und Wasserarbeit wird 10 % pro Stunde mehr vergütet. 5. Arbeiten, welche 2-5 km vom Werkplatz entfernt verrichtet werden, sind ebenfalls mit einem Aufschlag von 5 % pro Stunde zu bezahlen. 6. Der Arbeitslohn soll Freitags auf der Arbeitsstätte ausbezahlt werden. 7. Als Ueberstunden werden diejenigen betrachtet, welche eine Stunde vor Beginn und zwei Stunden nach Beendigung der festgesetzten Arbeitszeit gemacht werden. 8. Bei der Ausführung von Zimmerarbeiten dürfen ungelernete Arbeiter nicht verwandt werden. 9. Dieser Tarif kann von beiden Seiten nur nach vorausgegangenem dreimonatlicher Kündigung gelöst werden; die Kündigung kann jedoch nur in der Zeit vom 1. bis 15. Februar erfolgen.

Die Lohnkommission.

Lohnstarif der Zimmerer Verdens und Umgegend (gültig vom 1. April 1898 ab).

- 1. Der Minimallohn beträgt 40 % pro Stunde (früher 35 %), für Junggelehen nach vorheriger Vereinbarung mit dem Unternehmer. 2. Ueberstunden- und Sonntagsarbeit müssen möglichst vermieden werden. In dringenden Fällen müssen dieselben jedoch mit einem Aufschlag von 10 % pro Stunde vergütet werden. 3. Wasserarbeiten werden mit 50 % die Stunde bezahlt.

4. Arbeitszeit.

Table with 5 columns: Arbeitszeit, Früh-pause, Mittag, Vesper, Zahl der Stunden. Rows for dates from 1. April-31. Sept. to 16.-31. März.

Die Lohnkommission.

Aus Bremervörde. Die bis jetzt gezahlten Löhne, 27 1/2 % pro Stunde, reichen schon längst nicht mehr zum notwendigen Lebensunterhalt aus; deshalb haben sich die dortigen Kameraden entschlossen, das Ersuchen an ihre Unternehmer zu richten, ihnen den Lohn auf 35 % pro Stunde zu erhöhen. Die Unternehmer stehen im Allgemeinen der Forderung nicht ablehnend gegenüber, so daß wohl anzunehmen ist, daß man sich beiderseits einigen wird.

In Bergedorf haben die Zimmerer den Unternehmern folgende Forderungen unterbreitet:

- 1. An den Sonnabenden vor Ostern und Pfingsten soll um 4 Uhr, an allen übrigen Sonnabenden aber

während der langen Arbeitszeit eine halbe Stunde früher Feierabend sein und dürfen diese Minderstunden bei der Lohnzahlung nicht in Abzug gebracht werden.

2. Notwendige Sonntagsarbeit soll mit 15 % Aufschlag pro Stunde vergütet werden.

3. Das Arbeitsverhältnis kann ohne vorherige Kündigung zu jeder Tageszeit von beiden Seiten gelöst werden.

4. Bei Beginn eines Baues muß sofort für eine der Gesundheit entsprechende Rude und einen Abort gesorgt werden.

Aus Byritz. Die Aussperrung der Zimmerer nimmt von Woche zu Woche größere Dimensionen an. Es sind jetzt 38 Kameraden zu unterfüttern. Trotz aller Machinationen von Seiten der Unternehmer und in Ermangelung eines Versammlungsortes, ist der Geist, welcher die auf's Straßenpflaster gesetzten Kameraden beherrscht, als ein vorzügliches zu bezeichnen, so daß wohl mit Bestimmtheit gesagt werden kann, daß der Wehermut der Unternehmer an der Einigkeit der Aussperrten zerschellen wird. Die herrschende Einmütigkeit ist nur den Unternehmern zu verdanken und sollen sie auch als Anerkennung dafür in nächster Zeit mit einem neuen Lohn- und Arbeitstarif beehrt werden.

Aus Lippchne. Nachdem die hiesigen Zimmerer jetzt bereits vier Wochen von ihrem Arbeitgeber wegen Zugehörigkeit zur Organisation von der Arbeit ausgeschlossen sind, macht derselbe nunmehr verzweifelte Anstrengungen, Arbeitskräfte von außerhalb heranzuziehen, welches ihm jedoch hoffentlich nicht gelingen wird. Denn für M. 1,60 pro Tag dürften sich wohl schwerlich Zimmerer finden, welche ihren um ihre gerechte Sache kämpfenden Kameraden in den Rücken fallen. Besonders die Zimmerer aus der Umgegend von Landsberg und Driefen ersuchen wir, dieses beachten zu wollen. Der Meister läßt es sich nicht verdrießen und bereist die Umgegend, um die ausgesperrten als streifende Zimmerleute bei den Gutsbesitzern und Inspektoren anzuschwärzen, damit sie nur ja nicht von diesen in Arbeit genommen werden.

Aus Regenwalde. Der Stand unserer Aussperrung ist nach wie vor derselbe. Leider sind einige Kameraden kurzfristig genug gewesen und aus unserer Organisation ausgeschieden. Der Meister stellt sie aber trotzdem nicht ein, weil, wie er sagt, nicht die ganze Organisation aufgelöst ist. Na, da wird er noch recht lange warten können. Wir haben unseren Verband als notwendig erkannt und sind keineswegs gewillt, denselben jetzt so ohne Weiteres auf Kommando eines Einzelnen fahren zu lassen. In 3 Wochen ist hier ein einziger Fremder zugeerit, welcher natürlich sofort unter die schlagenden Fittiche des Unternehmers genommen wurde. Aber nach acht Tagen stellte es sich heraus, daß der Meister keinen guten Gesellen, wohl aber einen tüchtigen Taschendieb erhalten hatte, der es in ausgezeichnete Weise verstand, einem anderen Arbeiter in der Werkstätte das Portemonnaie mit dem verdienten Wochenlohn aus der Tasche zu eskamotieren. Strafmildern wollen wir gern annehmen, daß der eigene Verdienst des Diebes nicht zum Notwendigsten gereicht haben wird. Aber da mag ihm doch der Meister einen derartigen Lohn zahlen, daß er es nicht nötig hat, zu stehlen. Was aber werden die Bauherren sagen, wenn ihnen solche Gesellen zur Bornahme von Reparaturen in's Haus geschickt werden? Derartige zweifelhafte Elemente werden eben dann mit offenen Armen aufgenommen, wenn es gilt, die gerechten Forderungen der Arbeiter illusorisch zu machen oder ihre Organisation zu vernichten.

Aus Memel. Die hiesigen Zimmerer verlangen eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 % und zwar von 35 auf 40 %. Für Ueberstunden sollen 45 % bezahlt werden. Dieser Beschluß ist dem bauenden Publikum und den Unternehmern durch Zeitungsbannoncen bekannt gegeben worden.

In Speyer verlangen die Zimmerer die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und einen Minimallohn von 35 % pro Stunde. Für Ueberstunden sollen 45 % bezahlt werden. Der bisherige Lohn beträgt 30—35 % pro Stunde bei elfstündiger Arbeitszeit.

Diese Forderung soll jeder Kamerad eigenhändig unterschreiben und wird dieselbe alsdann jedem Meister zugestellt werden.

Aus Solingen wird uns unterm 24. Januar geschrieben: Am Neubau des Güterschuppens auf Bahnhof Süd-Solingen, der vom Unternehmer Kaerger in Wohnwinkel ausgeführt wird, haben sämtliche Zimmerer die Arbeit eingestellt. Der Unternehmer verlangte von ihnen, sie sollten durch Unterzeichnen eines Schriftstückes auf die Kündigung verzichten. Sie waren alle schon längere Zeit dort beschäftigt. Außerdem war die Behandlung nicht so, daß man sie anständig nennen kann. Der Zuzug ist fern zu halten.

Die Leipziger Maurer verhandelten am 19. Jan. vor einer von 2000 Personen besuchten Versammlung über den von einer gemischten Kommission der Arbeiter und Unternehmer ausgearbeiteten Vorschlag, betreffend die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Beruf. Unterbreitet wurde folgende Vereinbarung: 1. Es soll vom 14. März 1898 bis 30. Juni 1899 die Arbeitszeit 9 1/2 Stunden, der Mindestlohn 52 % betragen. 2. Vom 1. Juli 1899 bis 1. April 1902 soll die Arbeitszeit 9 Stunden betragen und soll ein Mindeststundenlohn von 55 % gezahlt werden. Im Weiteren ist versprochen

worden, bessere Baubuden und Aborte herstellen zu lassen. Der Referent, Maurer Lufsky, befuhrwortete den Vorschlag und wies darauf hin, daß sich die Unternehmer bereit erklärt hätten, für Anerkennung dieser Bedingungen zu wirken. Ferner sollte von beiden Seiten eine Kommission eingeleitet werden, die bei vorkommenden Streitigkeiten als Schiedsgericht in Tätigkeit tritt. Von anderen Rednern wurde gegen einige Bestimmungen Einspruch erhoben und schließlich eine Resolution angenommen, in der verlangt wurde, daß die neunstündige Arbeitszeit und 55 % Stundenlohn bereits am 14. März 1899 in Kraft treten soll. Die Kommission erhielt den Auftrag, in dieser Angelegenheit nochmals Verhandlungen einzuleiten.

Gewerbegerichtliches.

Aus Charlottenburg wird uns geschrieben: Bei der am 17. Januar hier stattgefundenen Gewerbegerichtswahl ging die Liste der vereinigten Gewerkschaften glatt durch. Es waren 12 Kandidaten aufgestellt. Unter den Gewählten befinden sich zwei unserer Mitglieder, Seeger und Fleischer; Ersterer war schon in der verfloffenen Periode Weisiger.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Zwickau, 22. Januar. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung sind am 14. Oktober v. J. die Fabrikarbeiter C. E. Gerold, C. D. Claus und die Arbeiterinnen Frau E. R. Wendorf und Th. M. Roth, sämtlich noch unbestraft, vom Schöffengericht zu Criminalstrafe die ersten Weiden zu je drei Wochen, die B. zu 14 Tagen und die R. zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Sie sollen am 7. resp. 8. Juli, als 14 Arbeiter und Arbeiterinnen der Seltmann'schen Fabrik streikten, zwei Arbeitswilige durch Worte, wie: „Das sind die Streikbrecher“ zc., bedroht haben. Gegen das Urteil hatte sowohl die Staatsanwaltschaft wegen des niedrigen Strafmaßes und die Angeklagten wegen der Bestrafung überhaupt Berufung eingelegt. Das Landgericht, Strafkammer III, verwarf heute beide Berufungen. Das Gericht war also der Meinung, daß die ausgeworfenen Strafen hoch genug seien.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Statistik der Schiedsgerichte für Unfall-Versicherungssachen in Hamburg im Jahre 1897. Aus dem Jahre 1896 sind 265 unerledigte Sachen übernommen worden, gegen 205 im Vorjahre. Im Jahre 1897 sind 1161 neue Berufungssachen, gegen 1076 im Jahre 1896, anhängig geworden. Von den 1161 anhängig gewordenen Sachen betrafen 604 Berufungen, in denen der Entschädigungsanspruch durch Bescheid der betreffenden Berufsgenossenschaft abgelehnt worden ist, und 557 Berufungen gegen Bescheide, durch welche die Entschädigung gemäß § 62 Absatz 2 des Unfallversicherungsgesetzes festgestellt worden ist. Von diesen 1161 Sachen war nur ein Fall nicht rekurrsfähig. Es kamen 18 Berufsgenossenschaften in Betracht und die höchste Zahl der Berufungen, 191, richtete sich gegen Bescheide der Expeditions-, Speicherei- und Kellerei-Berufsgenossenschaft, Sektion IV, in Hamburg, während im Vorjahre sich die höchste Zahl der Berufungen gegen Bescheide der Hamburgischen Bau- und Gewerkschaft-Berufsgenossenschaft richtete. Von den im Jahre 1897 im Ganzen anhängig gewordenen 1426 Sachen sind 1093 erledigt und zwar in folgender Weise: 15 durch rechtskräftige Abweisung mittelst Bescheides des Vorsitzenden gemäß § 6 Absatz 1 der Verordnung vom 2. November 1895 wegen Versäumung der gesetzlichen Berufungsfrist, 310 Fälle durch Zurücknahme der Berufung, 100 Fälle durch Vergleich, 101 durch Anerkennung. In 13 Fällen wurde die Berufung durch Entscheidung des Schiedsgerichts wegen Versäumung der gesetzlichen Berufungsfrist zurückgewiesen. In 408 Berufungssachen wurde auf Veritätigung des angefochtenen Bescheides des Genossenschaftsorgans erkannt, und in 109 Fällen wurde der angefochtene Bescheid des Genossenschaftsorgans völlig oder teilweise abgeändert, während 37 Berufungen auf andere Weise erledigt wurden. Es fanden im Jahre 1897 im Ganzen 154 Sitzungstage statt, und bei 18 Sitzungen war das Gericht nur mit drei Mitgliedern besetzt. Beweisaufnahmen fanden an Gerichtsstelle 5, an einem anderen Orte 37 und durch Ersuchen einer öffentlichen Behörde 667 statt. Im Jahre 1897 sind 517 durch Rekurs ansichtbare Entscheidungen des Schiedsgerichts ergangen und sind 119 Akten zur Rekursentscheidung an das Reichsversicherungsamt gelangt. Unerledigte Sachen waren Ende 1897 333 vorhanden, gegen 264 Ende 1896. Von den im Jahre 1896 an das Reichsversicherungsamt zur Rekursentscheidung abgegangenen Akten kamen bis 31. Dezember 1896 nicht zurück 56 Sachen. Im Jahre 1897 wurden zur Rekursentscheidung abgehandelt 60 Sachen, betreffend schiedsgerichtliche Entscheidungen des Jahres 1896 und 119 Sachen, betreffend schiedsgerichtliche Entscheidungen des Jahres 1897. Von diesen 235 Sachen sind vom Reichsversicherungsamt 82 Sachen noch nicht zurückgehandelt. Von den zurückgehandelten 153 Sachen ist die schiedsgerichtliche Entscheidung in 95 Fällen pure bestätigt, in 45 Fällen ist die schiedsgerichtliche Entscheidung abgeändert, in 5 Fällen wurde der Rekurs zurückgezogen, und in 8 Fällen wurde der Rekurs wegen Fristversäumnis zurückgewiesen. Von den 310 Zurücknahmen der Berufungen des Jahres 1897 erfolgten 53 in mündlicher Verhandlung nach stattgehabter Beweisaufnahme, 96 in mündlicher Verhandlung ohne vorausgegangene Beweisaufnahme, 67 ohne mündliche Verhandlung, aber nach stattgehabter Beweisaufnahme und 96 ohne mündliche Verhandlung und ohne Beweisaufnahme. In 3 Sachen wurden den beklagten Berufsgenossenschaften theils durch Vergleich, theils durch Entscheidung die Tragung von im Ganzen M. 55 Anwaltskosten auferlegt. Die Kosten des Schiedsgerichts beliefen sich inklusive Gehalte im Jahre 1897 im Ganzen auf M. 7885,12, gegen M. 7770,67 im Jahre 1896, während die Gehalte sich im Jahre 1897 nur auf M. 6530,55, gegen M. 6577,95 im Jahre 1896 stellten.

Literarisches.

Von der Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie von Franz Mehring (Stuttgart, Dieb' Verlag) sind Heft 27 und 28 erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kap. IX. 2. Der Eisenacher Kongress. 3. Die ersten Fraktionskämpfe. Kap. X. Die Reichsgründung und die Sozialdemokratie. 1. Sedan, Vögen, Versailles. 2. Bismarck's Erleuchtung. Kap. XI. Die Hochfluth der Milliarden. 1. Gründungschwindel und Kulturkampf. 2. Agrar- und Kathedersozialismus. Kap. XII. Lassalleaner und Eisenacher. 1. Das Proletariat im Milliardenregen. Das komplette Werk wird zu 36 Bieferungen à 20 % umfassen. Der Preis ist so niedrig bemessen, wie er bei einem wissenschaftlichen Werke sonst kaum anzutreffen ist.

In freien Stunden, Illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk (Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Preis pro Heft 10 %), bringt in Heft 2 und 3 des zweiten Jahrgangs die Fortsetzung des großen Romans aus dem Buerkrieg: „Der Jöllner von Klausen“ von J. v. Wildenradt. Von dieser ebenso guten wie billigen Romanbibliothek bringt im neuen Jahrgang jedes Heft ohne Preisaufschlag 24 Seiten Romanzeit (bisher nur 16) und zwei Seiten kleines Feuilleton. Die Illustrationen zu dem neuem Roman sind nach den vorliegenden drei Heften nicht bloß sehr zahlreich, sondern auch wahrhaft künstlerisch ausgeführt. Neben dem Roman enthalten die Hefte 2 und 3: Die Biographien des Dichters und Zeichners des Romans. Ferner: „Der Bettler“. Ein Gedicht in Prosa von J. Turgenjew. — „Er ward doch Musiker“. Eine Episode aus dem Leben Gounod's. — Dies und Jenes (Feuilletonistische und kulturhistorische Notizen). — Witz und Scherz.

Neuland. Das Januarheft dieser Monatschrift enthält zwei Artikel über die Marinevorlage, von Richard Calver und Erich Rother, ein Gedicht, einen Nachruf und Anderes mehr. Den Schluß des Heftes bildet eine literarische Rundschau. — Der Preis des Heftes beträgt nur 50 %. (Abonnement im Buchhandel oder bei der Post pro Quartal M. 1,30, pro Semester M. 2,50. — Postzeitungsliste Nr. 5255 — bei direkter Zusendung M. 1,50 resp. M. 3,10.) Verlag von Joh. Sassenbach, Berlin, Invalidenstr. 118.

Bersammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Bersammlungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Arnswalde.** Sonntag, den 6. Februar, Nachmittags 3 Uhr, im „Schützenhause“.
- Augsburg.** Sonntag, den 6. Februar, im Gasthaus „Zum Augsburger Hof“, Schwibbogengasse.
- Boitzenburg.** Sonntag, den 6. Februar, Nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokale.
- Braunschweig.** Donnerstag, den 3. Februar, bei Everling, Dellschläger 40.
- Brandenburg.** Sonntag, den 6. Februar, Vormittags 9 Uhr, auf der Herberge, Wollenweberstraße.
- Bremervörde.** Sonnabend, den 5. Februar, im Lokale des Herrn E. Krull, Altestraße.
- Brimtum.** Sonntag, den 6. Februar, Nachm. 3 1/2 Uhr, bei Wöhle in Ehrichshof.
- Burgstädt.** Mittwoch, den 2. Februar, Abends 8 Uhr, bei Orlamünde.
- Celle.** Mittwoch, den 2. Februar, Abends 8 Uhr.
- Coburg.** Montag, den 7. Februar.
- Cottbus.** Mittwoch, den 2. Februar, bei Gust. Dießl, Schloßplatz.
- Craun b. Magdeburg.** Sonnabend, den 5. Februar, Abends 7 Uhr, Zählabend bei Eisfeld.
- Danzig.** Dienstag, den 1. Februar. Von da ab alle 14 Tage.
- Dortmund.** Sonntag, den 6. Februar, Nachm. 4 Uhr, bei Hönn, Heiligegartenstr. 50.
- Döbeln.** Mittwoch, den 2. Februar, in der „Mulden-terrasse“.
- Düsseldorf.** Sonntag, den 6. Februar, Vorm. 11 Uhr, bei J. Drießen, Grafenbergerstr. 27.
- Essen a. d. R.** Sonntag, den 6. Februar, bei Feldner Viehhofstr. 76.
- Eilenburg.** Sonntag, den 6. Februar, Nachm. 4 Uhr, im „Bergkeller“.
- Elsfeld.** Sonntag, den 6. Februar, Nachm. 4 Uhr, bei Stehr, Neustr. 12.
- Elmshorn.** Sonnabend, den 5. Februar.
- Erlangen.** Sonntag, den 6. Februar, Nachm. 3 Uhr.
- Hlenzburg.** Mittwoch, den 2. Februar, Abends 7 1/2 Uhr, bei A. Andresen, Fischerstraße.
- Forst.** Freitag, den 4. Februar, eine halbe Stunde nach Feierabend, bei C. Fendler.
- Frankfurt a. M.** Mittwoch, den 2. Februar, Abends 8 Uhr, im „Rebstock“, Kruggasse 4.
- Frankfurt a. O.** Mittwoch, den 2. Februar, Abends 8 Uhr, im „Vorwärts“.

Anzeigen.

Freiburg i. B. Sonntag, den 6. Februar, Vormittags 10 Uhr, bei Willi, „Zur neuen Welt“.

Achtung, organisierte Arbeiter Hamburgs!

Am Sonntag, den 30. Januar d. J., findet eine große Demonstration gegen die von der deutschen Reichsregierung geplante Verkümmung des Koalitionsrechtes der Arbeiter statt.

Hamburger Kollegen, folgt diesem Rufe und besucht Mann für Mann die in der Hamburger Tagespresse noch näher bekannt zu machenden Versammlungen.

Die Kommission des Hamburger Gewerkschaftskartells.

Zahlstelle Bremen. Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, den 2. Februar, Abends 8 Uhr, in der „Vereinshalle“.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Zahlstelle Gross-Lichterfelde. Öffentliche Zimmerer-Versammlung

bei Mönke, Berl. Wilhelmstr. 20. Erscheinen sämtlicher Kameraden dringend notwendig.

Zimmerer Berlins und Umgegend!

Das Bureau der Verbandszahlstellen: Berlin, Charlottenburg, Friedrichsberg, Groß-Lichterfelde, Pantow und Nizdorf befindet sich

Stralauerstraße Nr. 48. Telephon: Amt 5, Nr. 3785.

Alle Mitteilungen, welche die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Zimmerergewerbe betreffen, sowie Briefe und Anfragen sind zu richten:

An Hermann Knüpfer, Berlin C, Stralauerstraße 48.

Einzelzahler in Dresden, Achtung!

Die Zahlabende des Bezirks 2 finden nicht mehr in „Albrechts Hof“ statt, sondern in

Fritsching's Restaurant, Drehgasse 8.

Arbeitsnachweis der Zimmerer Mannheims.

Wir machen wiederholt die reisenden Kameraden darauf aufmerksam, unseren Arbeitsnachweis stets in Anspruch zu nehmen.

Ferner ersuchen wir die Vorstände der Zahlstellen, welche Plakate von unserem Nachweis erhalten haben, dieselben in geeigneten Lokalen aufzuhängen.

Das Comité.

A. Schierwater, Hamburg, Bühnenstraße 48.

(Lieferant des Arbeiter-Sängerbundes.) Neu! = Verbandslied der Zimmerer = Neu!

Text von Jacob Audorf, für Männerchor komp. v. H. Hanson-Febel. Partiturausgabe, Preis 20 M.

Berkehrslökal, Herbergen usw.

Altona. Berkehrslökal und Herberge bei Chr. Siebers, Lohmühlenstr. 36. G. Friedrichs, Gastwirtschaft und Klublokal, Gr. Bergstr. 170.

Bremen. Herberge und Berkehrslökal des Verbandes, sowie Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse, Zahlabend am 1. und 3. Sonnabend eines jeden Monats, bei Wendfeld, Kleine Helle 40.

Briefkasten der Redaktion. Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokalvorstände respektive Vertrauensleute bei.